

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

**6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 1. November 2007
im Tell-Saal, Ostermündigen**

Beginn: 18.00 Uhr

Schluss: 21.45 Uhr

Vorsitz:	Marianne Neuenschwander	(SP)	1
Stimmzähler:	Maria Anna Baumann (<i>bis 20.20 Uhr</i>)	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrl, Rudolf Mahler, Rupert Moser, Mevlude Nesimi (<i>bis 20.20 Uhr</i>), Roger Schär, Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Regula Unteregger (<i>ab 18.05 Uhr</i>), Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	11
	Erich Blaser, Marion Buchser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller (<i>bis 20.20 Uhr</i>), Aliko Maria Panayides, Beat Weber, Gerhard Zaugg	(SVP)	8
	Markus Egger, Heinz Gfeller, Peter Wegmann	(FDP)	3
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Ernst Synes, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Michael Meinhofer	(FORUM)	3
	Thomas Christen	(SD)	<u>1</u>
			<u>35</u>
Vertreter des Gemeinderates:	Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli (<i>ab 18.45 Uhr</i>), Thomas Iten, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Urs Rüedi, Thomas Werner Gemeindeschreiberin Marianne Meyer (<i>ab 18.10 Uhr</i>)		
Entschuldigt:	Mitglieder des Grossen Gemeinderates Claudine Basler, Daniel Kirchhofer, Marco Krebs, Philipp Marti, Norbert Riesen Mitglieder des Gemeinderates --		
Protokoll:	Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.		

G E S C H Ä F T E

70	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 13. September 2007; Genehmigung	273
71	10.603 Finanzkommission	Finanzkommission; Ersatzwahlen	274
72	10.605 Sozialhilfekommission	Sozialhilfekommission; Ersatzwahl	275
73	20.200 Allgemeines	Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme	276
74	20.101 Jahresvoranschläge	Voranschlag der Laufenden Rechnung 2008 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung	280
75	20.200 Allgemeines	Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2008 bis 2012; Genehmigung	295
76	10.2351 Netzwerk / Infrastruktur (SW)	Informatik: Ersatzbeschaffung Serverhardware - Kreditbewilligung	302
77	52.134 Katastrophenorganisation 10.11 Reglemente Gemeinde	Reglement für ausserordentliche Lagen; Neufassung	303
78	10.373 Postulate	Postulat FORUM-Fraktion betreffend optimale demokratische Meinungsbildung und Information; Begründung	306
79	10.375 Einfache Anfragen 40.144 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)	Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend Bernstrasse-NEU-Eröffnungsfest; Beantwortung	311
80	10.375 Einfache Anfragen 40.105 Neue eigene Strassen- und Gebietsnamen/Ortsplan	Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend Dr. Peter Zuber Strasse; Beantwortung	312

81	10.375 Einfache Anfragen 50.832 Öffentliche Plakatstellen	Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend rassistischer Werbung auf Gemeindegebiet; Beantwortung	313
82	10.375 Einfache Anfragen 10.2005 Taxibetriebe	Einfache Anfrage W. Bruderer (FORUM) betreffend Taxi-Versuchsbetrieb in die Ostermündiger Südquartiere; Beantwortung	315
83	M Mitteilungen	Orientierungen des Gemeinderates	317
		<i>Budgetsitzungen: ab 2008 neu in Dezember GGR-Sitzung</i>	<i>317</i>
		<i>Spezialkommission Dennigkofen: Orientierung über den aktuellen Stand</i>	<i>317</i>
84	10.372 Motionen	Überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren; parlamentarischer Neueingang	319
85	10.373 Postulate 40.144 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)	Postulat der FORUM-Fraktion betreffend Bernstrasse-West: Verbesserungen im Rahmen der Belagserneuerung; parlamentarischer Neueingang	321

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **34** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Herr Gerhard Zaugg (SVP) nimmt heute zum ersten Mal im Parlament Einsitz. Er ersetzt Hans Aeschlimann. Ich wünsche Herrn Zaugg viel Erfolg und Befriedigung als Parlamentsmitglied.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt Herr Lanz, Finanzverwalter, zur Auskunftserteilung zu den Traktanden Nr. 74 und 75 an der heutigen Sitzung teil. Bei Traktandum Nr. 76 stehen der Leiter IT sowie Herr Steuri, DV Holding AG Bern, als Auskunftspersonen zur Verfügung.
 - ① Auf den Tischen sind die folgenden Infoblätter aufgelegt worden:
 - Sitzungsdaten 2008 des Grossen Gemeinderates sowie der Geschäftsprüfungskommission
 - Nachträglich die Antworten des Abteilungsleiters Gemeindebetriebe zum Fragekatalog „Bruderer“
 - ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **13. Dezember 2007** statt.
 - ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Waldeck“.
- 1)

Traktandenliste:

- Traktandum Nr. 71: Ersatzwahlen Finanzkommission
Es finden zwei Ersatzwahlen statt. Die Ersatzwahl von Hans Aeschlimann wurde an der letzten GGR-Sitzung auf heute verschoben.
- Traktandum Nr. 83: Orientierungen des Gemeinderates
 - a. Budgetsitzungen: ab 2008 neu in Dezember GGR-Sitzung
 - b. Spezialkommission Dennigkofen: Orientierung über aktuellen Stand

1) Regula Unteregger (SP) tritt um 18.05 Uhr der Sitzung bei. Somit sind **35** Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

70 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 13. September 2007; Genehmigung

Walter Bruderer (FORUM): Bei meinem Votum auf Seite 235 (Traktandum Nr. 59 „Bernstrasse-West“), Frage 3, war der letzte Satz als Frage formuliert.

Richtigstellung:

...Wollen wir für Fr. 40'000.-- Parkplätze inkl. Bäume erstellen...?

Ratspräsidentin: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 13. September 2007 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

71 10.603 Finanzkommission

Finanzkommission; Ersatzwahlen

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Hans Aeschlimann (SVP) wird Gerhard Zaugg (SVP), Obere Zollgasse 89, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2007 bis 31. Dezember 2008, als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Ratspräsidentin: Eine Ersatzkandidatin resp. ein Ersatzkandidat für den zurückgetretenen Christian Zeyer (SP) in die Finanzkommission konnte bis heute nicht gefunden werden. Die Ersatzwahl wird auf die nächste Sitzung vom 13. Dezember 2007 verschoben.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

72 10.605 Sozialhilfekommission

Sozialhilfekommission; Ersatzwahl

Auf Vorschlag der SP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für die zurückgetretene Claudine Basler (SP) wird Ruth Blaser (SP) Rütliweg 141 b, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008, als Mitglied der Sozialhilfekommission gewählt.

73 20.200 Allgemeines

Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Es können keine Änderungsanträge eingereicht werden.

Synes Ernst (CVP): Die CVP-Fraktion hat die Botschaft mit grossem Interesse gelesen. Sie gibt einen Überblick über die in den nächsten Jahren zu realisierenden Bauvorhaben. Die Botschaft darf nicht allzu optimistisch aufgefasst werden. Die Bauvorhaben können sich aus x-Gründen verzögern. Zum Beispiel können sich die Investoren zurückhaltend verhalten.

Wir sind der Ansicht, dass die Prognose der Gemeindeentwicklung allein über die Neubauten nicht genügt. Entscheidend ist, was in den übrigen Quartieren passiert. Dort, wo heute gewohnt, gelebt und gearbeitet wird, passiert das Leben nicht in den Neubaugebieten, sondern in den bestehenden Quartieren. Sollte die Bevölkerung um 1'000 bis 2'000 Personen zunehmen, wohnt die grosse Mehrheit der Steuerzahlenden in diesen Quartieren. Auch die KMU-Betriebe befinden sich in diesen Gebieten. Die Gemeindeentwicklung darf sich nicht nur auf die Neubaugebiete konzentrieren.

Die CVP- und die EVP-Fraktion werden heute Abend eine Motion einreichen (siehe Traktandum Nr. 84) und den Gemeinderat beauftragen, ein Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren aufzuzeigen. Der Dialog seitens der Behörde mit den Liegenschaftsbesitzenden ist zu suchen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt von der Botschaft mit Befriedigung über das bereits Erreichte Kenntnis. Wir legen Wert darauf, dass ein ausschliessliches zahlenmässiges Wachstum der Bevölkerungszahl, der Wohnungseinheiten und der Arbeitsplätze nicht erwünscht ist. Im Wachstum ist die Qualität nicht zu vernachlässigen.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion dankt für die Botschaft. Es ist gut, dass es dieses Dokument, welches die langfristige Bauplanung aufzeigt, überhaupt gibt. Uns stellt sich die Frage, wie letztendlich diese Gemeindeentwicklung angehängt wird. Die Hinweise der beiden Vorredner zur Qualität unserer Bauentwicklung erscheinen auch uns sehr wichtig zu sein. Die vielen Zahlen in der Botschaft sollten in Zukunft den Soll- und Ist-Zustand aufzeigen. Somit kann die vergangene und die zukünftige Gemeindeentwicklung auf einen Blick zur Kenntnis genommen werden.

Die Planungsqualität kann ebenfalls in die Botschaft einfließen. Die Abweichungen zwischen den alten Planungen und der effektiv erfolgten Entwicklung kann auch of-

fengelegt werden. Mit meinen Inputs bin ich beim Gemeindepräsidenten bereits vorstellig geworden. Ich bin gespannt, welches Layout die Botschaft im nächsten Jahr hat.

Walter Bruderer (FORUM): Danke für den interessanten Bericht. Zu diesem Geschäft und zu den nachfolgenden Finanzvorlagen haben wir der Gemeinde ein paar Fragen gestellt und Bemerkungen angebracht. Danke für die Beantwortung. Auf zwei Aspekte möchten wir noch zurück kommen:

➤ Ziffer 2.10 - Bahnhof

Kann die Gemeinde der Acifer tatsächlich kein Ersatzland anbieten? Wie wär's im Gebiet zwischen dem Hättenbergwäldli und dem Schwandiholz, konkreter gesagt an der Bahnlinie der RBS S7? Bis zur Kartonfabrik in Deisswil gibt es bekanntlich eine 3. Schiene, auf der täglich Normalspur-Güterwagen fahren. Selbstverständlich dürfte bei der Realisierung nirgends Wohnqualität in Frage gestellt werden.

➤ Bevölkerungsforum

Wir sind gespannt auf die Schlüsse, die der Gemeinderat aus dem Bevölkerungsforum zieht, das kürzlich stattgefunden hat. Wenn ich mich richtig erinnere, haben alle Gruppensprecherinnen und -sprecher nur für ein qualitatives Wachstum votiert. Weitere Einzonungen für neue Überbauungen wurden jedenfalls nicht gefordert. Alle Mitglieder haben individuell bekannt gegeben, welche Gebiete am sinnvollsten für das Wohnen, Gewerbe, Sport und Freizeit in Frage kommen.

Rudolf Mahler (SP): Es wurde bereits viel zum vorliegenden Geschäft gesprochen. Die SP-Fraktion hat die Botschaft auch bearbeitet. Mit Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch bei einer totalen Überbauung sämtlicher acht Hauptentwicklungsgebiete die angestrebte Zahl von 18'000 Einwohnenden nicht erreicht werden kann. Dass es sich hier lediglich um eine Prognose handelt, welche in die Zukunft schaut, macht die Tatsache nicht einfacher. Mit den eingezonten Baufeldern kann die angestrebte Einwohnerzahl nicht erreicht werden.

Dieser Zustand passt der SP-Fraktion nicht. Wir möchten am liebsten die übrig gebliebenen Grünflächen sein lassen und nicht zubetonieren. Doch die Zukunft zeigt und wird vom Gemeinderat belegt, dass er die zukünftige Entwicklung der Gemeinde offen lassen will. Der Gemeinderat will die Ergebnisse der beiden Bevölkerungsforen in seine Überlegungen einfliessen lassen. Aufgrund dieser Erkenntnisse wird er ein entsprechendes Ortsentwicklungskonzept erarbeiten.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion dankt für die vorliegende Prognose zur Gemeindeentwicklung. Uns fällt auf, dass diese jedes Jahr ein wenig realistischer ausfällt. In gewissen Gebieten (z. B. Grube) wird nach wie vor mit viel Optimismus gerechnet. Zusammen mit der CVP-Fraktion geben wir einen politischen Vorstoss für die Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften ab. Es darf nicht

sein, dass noch die letzten Grünflächen auf unserem Gemeindegebiet überbaut werden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Es freut mich, dass die Botschaft auf eine positive Resonanz stösst. Die Botschaft liefert eine Grundlage und Prognose für den Finanzplan und zeigt auf, wie sich die Einwohnerzahlen von Ostermündigen entwickeln sollen. Es handelt sich nicht um ein Strategiepapier, welches die qualitativen Entwicklungen aufzeigt. Auch die Legislaturziele werden nicht abgebildet. Die Entwicklung der Einwohnerzahlen soll mit der Prognose dargestellt werden. Das überbaute Gebiet kann in die vorliegende Botschaft nicht aufgenommen werden, da der Zu- und Abgang der Bevölkerungszahlen nicht bekannt ist. Wir können auch nicht abschätzen, was eine Gebäudesanierung bevölkerungsmässig zur Folge hat. Der Gemeinderat hat sich entschieden, nur die grossen Entwicklungsgebiete näher zu beleuchten. Dort können die Einwohnerzahlen und die Bauetappen abgeschätzt werden.

Der Gemeinderat ging davon aus, dass im Siedlungsgebiet die Einwohnerzahlen konstant bleiben. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass in diesen Siedlungsgebieten mit fallenden Einwohnerzahlen gerechnet werden muss. Der Platzbedarf pro Einwohner wird stetig grösser. Diese Erfahrung musste der Gemeinderat machen. Im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsforum wurde ein Profi damit beauftragt, die Prognose des Gemeinderates auf professioneller Basis durchzuführen. In der Statistik von Herrn Hornung (Profi) wurde auch die Sterblichkeitsrate berücksichtigt. Seine Statistik deckt sich fast eins zu eins mit den Annahmen des Gemeinderates.

Ich kann mich den Voten zur qualitativen Entwicklung anschliessen. Die qualitative Entwicklung in den bebauten Gebieten ist wichtig. Dieser Sachverhalt soll zusammen mit dem Ortsentwicklungskonzept aufgezeigt werden. Die Haltung der SVP über die qualitative Entwicklung deckt sich mit der Meinung des Bevölkerungsforums. Im Bevölkerungsforum wurde der Trend zu weiteren Einzonungen nicht gebilligt. Vielmehr war Zurückhaltung in Bezug auf weitere Gebietsüberbauungen spürbar. Das Bevölkerungsforum wird nun ausgewertet. Zusammen mit den Spezialisten wird das weitere Vorgehen zum Thema „Ortsentwicklungskonzept“ erarbeitet.

Die Hinweise mit der Verknüpfung der Führungsinstrumente wird der Gemeinderat weiter verfolgen und im nächsten Jahr berücksichtigen.

Dem Votum von Walter Bruderer betreffend Acifer kann ich anfügen, dass das vorgesehene Gebiet bis heute nicht eingezont ist und als sogenanntes Landschaftsschutzgebiet ausgeschieden ist. Das Ortsentwicklungskonzept wird die Diskussionsgrundlage für dieses Gebiet sein. Ausserdem ist bereits ein Perimeter für die Erweiterung der Karton Deisswil AG reserviert worden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

74 20.101 Jahresvoranschläge

Voranschlag der Laufenden Rechnung 2008 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zuerst wird die Botschaft und anschliessend der Voranschlag departementsweise beraten. Änderungsanträge gemäss Art. 38 GO GGR können während der Detailberatung eingereicht werden. Über Postulate gemäss Art. 53 Abs. 3 der GO GGR wird sofort abgestimmt.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Wie gewohnt, kann der Gemeinderat vorgängig zur Debatte über den Voranschlag im Grossen Gemeinderat einen Trend zur Rechnung des laufenden Jahres bekannt geben. Der zeigt, wie wir in Bezug auf das Budget 2007 auf Kurs sind.

Es scheint, dass Ostermundigen mittlerweile eine Tradition zu einem im Vergleich zum Budget besseren Rechnungsabschluss hat. Dies ist Ausdruck einer sorgfältigen und vorsichtigen Veranschlagung und der gegenwärtig guten Wirtschaftslage.

Wie euch bekannt ist, weist der Voranschlag für das laufende Jahr - bei einem Aufwand von 86,6 Mio. Franken und einem Ertrag von 84,6 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss von knapp 2 Mio. Franken aus.

Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2007 wahrscheinlich besser als budgetiert ausfallen wird. Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass die Rechnung um mehr als eine Million Franken besser abschliessen könnte, so dass das Defizit dann unter einer Million Franken liegen würde.

Die positiven Effekte finden sich vor allem auf der Aufwandseite. Auf der Ertragseite gibt es bis heute noch keine Tendenzen zur Verbesserung des Ergebnisses.

① Zum Aufwand (Trend)

Die Ausgaben für das Personal liegen um 400'000 Franken unter dem Budget. Es sind nicht alle vorgesehenen Stellen besetzt oder es sind Stellen später als angenommen belegt worden. Beim Sachaufwand können auch etwa 200'000 Franken Einsparungen gemacht werden.

Die Passivzinsen liegen um rund 200'000 Franken unter dem Voranschlag. Durch den Verkauf der Mehrfamilienhäuser in der Rüti hat sich eine zusätzliche Darlehensaufnahme erübrigt. Der Bestand der mittel- und langfristigen Schulden bleibt darum auf dem Niveau des Vorjahres bestehen.

Die Beiträge an den Kanton für den öffentlichen Verkehr liegen dank eines tieferen Defizits mit 100'000 Franken unter dem Vorjahr.

Die Kosten für den Lastenanteil an die Sozialhilfe liegen um 400'000 Franken unter dem Voranschlag. Dies, weil erfreulicherweise die Unterstützungsfälle weniger stark zugenommen haben, als in den Vorgaben des Kantons angenommen.

Beim Aufwand können die einzelnen Positionen aufgrund der bekannten Werte der 10 vergangenen Monate für den effektiven Jahresabschluss ziemlich genau berechnet werden, was für die Ertragsseite - besonders wegen der Steuererträge - nicht möglich ist.

① Zum Ertrag (Trend)

Bei den Steuern werden insgesamt Mehrerträge von 500'000 Franken erwartet. Die Einkommenssteuern der natürlichen Personen erreichen vermutlich den budgetierten Wert von 24,4 Mio. Franken. Verbesserungen sind bei den Steuern der juristischen Personen, bei den Gewinnsteuern und Steuerteilungen zu erwarten. Hingegen werden die Budgetwerte bei den aperiodischen Steuern wohl nicht erreicht.

Die Vermögenserträge werden wahrscheinlich mit 0,6 Mio. Franken unter dem Budget liegen. Durch den Verkauf der Mehrfamilienhäuser in der Rüti fehlen seit September diese Mieteinnahmen, zudem fallen insgesamt die Buchgewinne um etwa 300'000 Franken tiefer als angenommen aus. Dies wegen einer zeitlichen Verzögerung bei den Fälligkeiten der Verkaufserlöse gegenüber der Planung.

Wie gesagt, bei der Ertragsseite handelt es sich weitgehend um Schätzungen.

① Budget

Nun zum Voranschlag für das kommende Jahr 2008, der heute vom Parlament beraten wird. Bei einem Aufwand von 88,3 Mio. Franken und einem Ertrag von 86,9 Mio. Franken resultiert ein Aufwandüberschuss von knapp 1,4 Mio. Franken. Das ist weniger als halb so viel, wie im letztjährigen Finanzplan für das Jahr 2008 als Defizit vorgesehen war. Dies vor allem, weil die Buchgewinne höher ausfallen und weil die kantonale Steuergesetzrevision auf Gemeindeebene ein Jahr später in Kraft tritt. Das Defizit kann mit dem Eigenkapital gedeckt werden.

Als positiv zu vermerken ist der gegenüber dem diesjährigen Budget um fast 150'000 Franken kleinere Sachaufwand. Erfreulich ist auch, dass sich die Steuererträge der natürlichen Personen stabilisiert haben und tendenziell wieder steigen (auch auf Grund der Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde).

Dieser Voranschlag wurde nach bestem Wissen und Gewissen gemäss den Angaben der verschiedenen Abteilungen, nach den gesetzlichen Vorgaben und aufgrund von Erfahrungswerten erarbeitet. Bei der Budgetsitzung des Gemeinderats gemeinsam mit den Abteilungsleitenden Ende August wurden viele der Budgetposten kritisch überprüft und in Frage gestellt und es wurden in zum Teil harten Diskussionen und Abstimmungen die Aufwendungen im Entwurf zum Budget um gut 600'000 Franken gekürzt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass das vorliegende Budget realistisch und vertretbar ist und empfiehlt es dem Parlament zu Annahme.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte mich zu vier Punkten äussern:

① Gemeindebetriebe (Seite 11, Wasserversorgung, 3. Abschnitt)

Was hat die Amortisation des Darlehens von 10 Mio. Franken an den Wasserverbund (WVRB) mit dem Budget zu tun? Es ist doch logisch, dass der WVRB die ihm übergebenen Primäranlagen im Wert von 10 Mio. Franken wie geplant innerhalb der vorgesehenen 30 Jahre zurückbezahlt. In welcher Budgetposition sind denn die über Fr. 300'000.-- enthalten? In der Wasserrechnung sollten meines Erachtens im Finanzvermögen 10 Mio. Franken als Guthaben stehen. Diese Summe wird nachher dank Rückzahlungen jährlich um Fr. 300'000.-- abgebaut. Der WVRB wird alle 10 Jahre revidiert. In 10 Jahren bin ich kein GGR-Mitglied mehr. Trotzdem möchte ich festhalten, dass in 10 Jahren die Gemeinde vom WVRB noch 7 Mio. Franken zur Verfügung hat.

Warum werden laut Budget vom WVRB nur die Personalkosten (Budgetposition 520.436.20) zurückerstattet? Wenn auch andere Kostenarten anfallen, muss der Titel anders lauten.

Unsere Befürchtung, dass das Wasser vom WVRB wesentlich mehr kostet als prognostiziert, ist weder in der Botschaft noch in der Rechnung (Budgetposition 520) entkräftet. An der FIKO-Sitzung, an der wir das Budget behandelt hatten (jedoch noch ohne Botschaft), hatte ich alle Details über die Wasserrechnung gewünscht. Meine Frage ist trotz Antwort von Herrn Sterchi noch pendent. Ich bitte darum Frau Gemeinderätin Lüthy, diese Pendeuz auf die Traktandenliste der 1. FIKO-Sitzung 2008 zu setzen.

① Tagesschule und Kindertagesstätte

Warum überlässt der Kanton die Inkasso-Bestimmungen nicht den Gemeinden (letztes Jahr habe ich eine ähnliche Bemerkung gemacht)?

➤ Botschaft Seite 9 - Tagesschule (270)

Warum verdoppeln sich die Beiträge der Eltern nicht auch annähernd, wenn sich die Schülerzahlen verdoppeln? Bei 50 Kindern (Basis Verwaltungsbericht 2006) würden sich Nettokosten von Fr. 3'120.-- pro Kind ergeben.

➤ Botschaft Seite 14 - Kindertagesstätte (860)

Auf wie viele Kinder verteilen sich die steigenden Nettoaufwände (Annahme 43 Kinder gemäss Verwaltungsbericht 2006)? Würde zwischen Fr. 11'000.-- und Fr.12'000.-- Nettoaufwand pro Kind bedeuten. Würden Mütter oder Väter ihre Kinder auch der Kindertagesstätte anvertrauen, wenn sie pro Kind jährlich Fr. 6'000.-- Direkthilfe von der Gemeinde erhalten würden, d. h. Fr. 500.-- / Monat?

① Wiederkehrenden Erträge

In welcher Budgetposition sind die Dividenden aus den Fr. 800'000.-- BEA-Aktien verbucht? Zuerst wurden Fr. 200'000.-- grosszügig verschenkt. Und nun - wo ist die jährliche Gewinnbeteiligung verbucht?

➤ **Fazit:**

Wie früher bereits bekannt gegeben, unterstützen wir keine Defizitbudgets mehr. Um so mehr als auch in den nächsten Jahren solche zu erwarten sind. Ohne Buchgewinn wäre das Defizit 2008 noch um 3,6 Mio. Franken höher ausgefallen.

Renate Bolliger (EVP): Auch wir haben das Budget studiert. Wir werden diesem wie vorliegend zustimmen. Auch wir hätten lieber einem ausgeglichenen Budget zugestimmt. Das Budget besteht zum grössten Teil aus gebundenen Ausgaben. Aus Fehlern der Vergangenheit haben wir schon gelernt. Management der Strassenerhaltung (MSE) und Gebäudeunterhalt nach STRATUS sollten nicht über den Haufen geworfen werden, nur um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen.

Auch im Bereich der Prävention wird gerne der Sparhebel angesetzt. Doch auch hier ist die Sparbremse nicht sinnvoll. Ausgaben, welche der „normalen“ Bevölkerung zu Gute kommen, sollten nicht gestrichen werden. Der Verzicht auf Investitionen ist keine zukunftsorientierte Lösung. Dem Gemeinderat scheint es gelungen zu sein, eine Kompromisslösung zu erstellen. Ich danke für die geleisteten Arbeiten.

Peter Wegmann (FDP): Vorweg möchte ich Herrn Stefan Lanz, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr umfangreichen und transparenten vorliegenden Unterlagen bestens danken. Dies ist sicherlich nicht einfach. Zumal eine solche Arbeit in Anbetracht der roten Zahlen - mittlerweile agieren wir im Grunde genommen sogar mit knallroten Zahlen - wohl kaum Freude auslöst. Mit knallroten Zahlen insofern, indem sich die Situation ohne die in letzter Zeit angefallenen, diversen Sondererträge ja eigentlich und realistisch betrachtet viel dramatischer präsentiert.

Das vorliegende Budget 2008 ist darum wenig erfreulich, überrascht die Fraktion der FDP indessen nicht wirklich. Seit Jahren - ich habe dies bereits vor Jahresfrist zum Voranschlag 2007 gesagt - verweisen wir auf die kritische Situation bei unseren Gemeindefinanzien. Wir leiden massiv und latent unter allzu lange aufgeschobenen Altlasten. Ich muss nicht erwähnen, was ich damit meine. Wir wissen dies alle.

Zumindest sollte uns dies bewusst sein, was aber offenbar nicht überall der Fall ist. Warum denn die Zwängerei bezüglich der „Panorama-Bernstrasse“? Dies liegt doch schlicht bis auf weiteres absolut nicht drin. Ganz abgesehen von anderen, diesbezüglich mitmassgebenden Kriterien. Dies belegt uns der nachfolgende Finanzplan klar und deutlich. Indem frühestens ab 2011 eine Verbesserung von unserer Finanzsituation erwartet werden kann. Und dies erst noch unter dem Vorbehalt, dass die sehr optimistisch angeführten Merkmale dann schlussendlich auch wirklich eintreffen werden. Zumal dies in der Vergangenheit nicht immer so gewesen ist.

Wir leiden zudem unter der ungünstigen Bevölkerungsdurchmischung und unter der schleppenden Gemeindeentwicklung. Dies offenbaren uns die angeführten Zahlen beim vorangehenden Geschäft Nr. 73 (Prognose zur Gemeindeentwicklung) mit aller Deutlichkeit. Obwohl seit dem Jahr 2000 bis 2006 insgesamt 254 neue Wohnungen

erstellt worden sind, lässt die erhoffte Entwicklung punkto Bevölkerungszuwachs wie auch steuerlichen Erträgen immer noch auf sich warten.

Was ist die Erkenntnis daraus? Neue Wohnungen bzw. bessere Wohnqualitäten sind nicht nur bei Auswärtigen begehrt, sondern ebenso bei langjährigen Einwohnenden unserer Gemeinde. Folglich bedingt es nicht nur neue Bauvorhaben, um eine Korrektur der aktuell ungünstigen Bevölkerungsdurchmischung erreichen zu können, sondern ebenso Anreize, um bestehende und zum Teil schon fast verlotterte Altbauliegenschaften zeit- und bedürfnisgerecht zu sanieren. Das kürzlich durchgeführte Bevölkerungsforum hat dies klar und deutlich aufgezeigt.

Zudem sollten auch gewerbefördernde Massnahmen endlich nachhaltig anvisiert werden. Wie soll nun all dies gemacht werden? Nun ja, dazu gibt es genügend Vorreiterbeispiele, was wir nicht nur Insiderinfos, sondern ebenso vielfach der Tagespresse entnehmen können. Sicher sind dabei nicht alleine optische Wirkungen massgebend, sondern vornehmlich gezielte und der Sache wie auch den Umständen dienende Massnahmen. Dazu nur ein Hinweis: Warum läuft bei uns das Gewerbe davon? Es ist indessen klar und logisch, dass solche Prozesse nicht von heute auf morgen umgesetzt werden können.

Zudem muss dies vorerst erkannt und in der Folge auch wirkungsvoll umgesetzt werden, was zwangsläufig etwelche Fristen und Zeiträume abverlangt. Dadurch offenbart sich nunmehr für uns zunehmend eine „Gnadenfrist“. Zumal sich die vorgelegten Prognosen zu unserer Gemeindeentwicklung zwar als denkbar - letzten Endes aber auch als äusserst optimistisch - präsentieren und die vorliegenden, allseits bekannten Prioritäten wie Leitungs-, Strassen- und Schulhäuser-Sanierungen nunmehr keinen weiteren Aufschub erdulden.

Folglich stehen wir alle voll in der Verantwortung und sehen uns gezwungen, in den nächsten Folgejahren mit aller Konsequenz „den Gürtel enger zu schnallen“. Dies bedingt Verstand, Disziplin und Sorgfalt bei allen Beurteilungen von Zwangs- und Wunschbedürfnissen. Aber auch nachhaltiges Controlling und punktuelle Ausreizungen in allen Bereichen. Das vorliegende Budget ist zwar unerfreulich. Es mag auch pflichtbewusst und bereits eng bemessen sein. Eine Rückweisung macht darum aus unserer Optik wenig Sinn. Zumindest aber eine angemessene und strategische Korrektur. Indem wir der Meinung sind, dass immer noch etwelcher Spielraum - wenn auch in bescheidenem Rahmen - vorhanden ist. Ich stelle darum den **Änderungsantrag (Nr. 1)**:

Ein Globalbudget mit einem Aufwandsüberschuss von 1 Mio. Franken ist vorzusehen.

Dieser Antrag stellt weder Unterstellungen noch ein Misstrauensvotum dar. Ich bezwecke damit einzig und alleine, dass nun mit aller Konsequenz noch weitere, durchaus denkbare Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Die diesbezügliche Umsetzung soll und muss einzig und alleine im Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Exekutive liegen, im Sinne eines legitimen Auftrages. Womit sich nähere Hinweise erübrigen.

Dies bedeutet sinn-, aber auch zweckgemäss eine zusätzliche Einsparung beim Aufwand von letzten Endes lediglich 0,42 Prozent. Was mit Sicherheit ohne jeglichen Leistungsabbau problemlos umsetzbar sein dürfte. In diesem Zusammenhang werden wir auch bei der nachfolgenden Detailbehandlung weitgehend auf Einwendungen und Bemerkungen verzichten. Zumal es ja bekannt ist, dass sich die FDP-Fraktion vornehmlich auf Strategien und weniger auf Einzeldetails konzentriert.

Aliki Maria Panayides (SVP): Vorweg möchte ich den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen/Steuern für die geleisteten Arbeiten danken. Aber der Voranschlag 2008 befriedigt nicht. Er kann nicht befriedigen, wenn die Einnahmen die Ausgaben nicht decken. Insofern kann man nur hoffen, dass sich die optimistischen Prognosen in Sachen Einwohnerentwicklung und Wirtschaftslage erfüllen. Aber bis es so weit ist, müssen wir vorsichtig mit dem Geld umgehen. Ein ausgeglichenes Budget muss das Ziel sein. Also die viel zitierte schwarze Null.

Nach den Verlautbarungen von Gemeinderätin Lüthy nach unserem Antrag auf ein Globalbudget von letztem Jahr muss ich allerdings sagen, haben wir Vertrauen gefasst. Wir möchten ihr deshalb in diesem Sinne entgegenkommen, dass wir keinen Antrag auf Rückweisung des Budgets mit dem Auftrag, einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren, machen werden. Vielmehr möchten wir ihr erneut unser Vertrauen schenken und ein Globalbudget mit einem Aufwandüberschuss von 1 Mio. Franken beantragen.

Wir hoffen, damit auch dieses Jahr Frau Lüthy und in diesem Sinne dem ganzen Gemeinderat einen Dienst zu erweisen, zumal damit ein Teil der Ziele der Behörden- und Verwaltungsreform quasi schon geübt werden kann. Wenn die Gemeinderechnung im nächsten Jahr auch positiv abschliesst, sind wir vielleicht schon in der Nähe der schwarzen Null. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung des Änderungsantrags der FDP.

Synes Ernst (CVP): Zuerst möchte ich Peter Wegmann für die Unterstützung unserer Motion danken. Bei seinem Votum zur Rechnungsführung und Budgetierung kann ich einige angesprochenen Sachverhalte unterstützen. Auch uns bereiten die Steuererträge Sorge. Die Zunahme entwickelt sich nicht so, wie sie eigentlich müsste. Aus diesem Grund ist eine vorsichtige Budgetierung angesagt. Der Gemeinderat ist dieser Tatsache sicherlich nachgekommen. Beim Aufwandüberschuss von 1,4 Mio. Franken gilt es zu beachten, dass bei der AHV, ALV und EL 1 Mio. Franken mehr Aufwand budgetiert werden mussten. Diese Zusatzaufwendungen wurden von Ausseren an die Gemeinde herangetragen.

Den Antrag auf Globalbudget hat bei mir keine Freudentänze verursacht. „Eine Million“ bedeutet für mich „Zahlenfetischismus“! Wieso nicht 0,8 Mio. Franken oder wieso keine schwarze Null verlangen? Ich bin gegen die Rasenmähermethode in der Politik. Wenn dieses Ziele erreicht werden soll, so ist auch aufzuzeigen, wo und mit welchen Konsequenzen gespart werden soll. Wo liegen die Schwerpunkte? Das ist Politik. Rasenmähermethode bedeutet Verzicht und Resignation.

Christian Zeyer (SP): Die SP-Fraktion stimmt dem Budget zu. Auch wir haben keine Freude an roten Zahlen. Das Budget wurde mit viel Aufwand und Fleiss erstellt. Es ist nicht sinnvoll, jetzt noch an einigen Kostenstellen zu manövrieren. Längerfristig müssen die Kosten und Einnahmen im Gleichgewicht zueinander stehen. In diesem Zusammenhang ist die Gemeindeentwicklung ein wichtiger Eckpfeiler. Wir wollen die Gemeindeentwicklung auch weiter fördern und deshalb auch unser Bekenntnis zur Sanierung und Umgestaltung der Bernstrasse.

Wichtig ist auch, dass alle andern Punkte rund um das Budget nicht ausser Acht gelassen werden. Dem GGR bleibt oftmals nur die Möglichkeit, zu knurren und am Aktuellen zu schränken. Die längerfristige Steuerung der Finanzen bleibt ihm untersagt. Längerfristig soll über die Finanzplanung ein Ausgleich geschaffen werden.

Peter Wegmann (FDP): Dem Votum von Synes Ernst möchte ich noch eine Antwort anfügen. „Rasenmäherpolitik“; diesen Ausdruck habe ich noch nie gehört. Dieser stammt wohl aus dem Züribiet? Unser Änderungsantrag hat nichts mit Rasenmäherpolitik zu tun! Eine schwarze Null wäre meines Erachtens dann schon eher „Vergewaltigungspolitik“.

Frau Lüthy hat ihren Job nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Bei der Durchsicht der Akten können wir ungefähr ermessen, wo die Schmerzgrenzen liegen. Genau an diese Schmerzgrenze halten wir uns. Es geht darum, dass wir ein Zeichen setzen. Sämtliche Ausreizungen müssen ausgeschöpft werden. Nur so können wir eine ausgeglichene Rechnung erreichen.

Synes Ernst (CVP): Ich weiss nicht, ob es im Kanton Zürich noch Rasenmäher gibt. Ich möchte hier betonen, dass ich seit über 20 Jahren im Kanton Bern lebe und es hier noch Rasenmäher gibt.

Walter Bruderer (FORUM): Die Gemeinde hat bei ÖV eine Zunahme von 0,5 Mio. Franken entgegenzunehmen. Auf meine Anfrage wurde mir mitgeteilt, dass der Bund diese Kosten nicht mehr übernimmt und die Gemeinde diese Kosten jetzt tragen muss. Stimmt es, dass die vom Bund nicht mehr getragenen finanziellen Beiträge grosszügigerweise von den Gemeinde übernommen werden müssen?

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Ich möchte dem Parlament zu bedenken geben, dass eine globale Budgetkürzung von 0,4 Mio. Franken keine Kleinigkeit bedeutet. Das Budget wurde vom Gemeinderat in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitungen in harten Verhandlungen erstellt. Der erste Budgetentwurf wurde bereits um 0,6 Mio. Franken gekürzt. Wenn das Parlament der Auffassung ist, dass der „Finanzhobel“ nochmals angesetzt werden muss, so bitte ich den Rat um konkrete Vorschläge.

Im Vergleich zum letzten Jahr konnte der Sachaufwand deutlich reduziert werden. Das sollte Beweis genug sein und beweisen, dass sich der Gemeinderat auf das Nötigste beschränken will. Das Argument, dass das Budget nicht grösser sein darf als im Finanzplan vorgesehen, kann in diesem Jahr nicht in die Waagschale geworfen werden.

Ich mache den GGR darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat nur unter Angabe der Kostenstellen bereit ist, Budgetkürzungen vorzunehmen. Der GGR soll aber anschliessend auch die entsprechenden Konsequenzen tragen.

Peter Wegmann (FDP): Genau diesen Sachverhalt wollen wir mit unserem Änderungsantrag nicht. Diesen Sachverhalt hatten wir vor einigen Jahren schon. Wir verlangen nichts aussergewöhnliches. Nicht einmal 0,5 % des Gesamtaufwands sollen gespart werden. Das scheint uns realistisch zu sein. Die Fachpersonen sollen darlegen, wo diese Positionen gestrichen werden können. Wir sitzen alle im gleichen Boot und tragen die Verantwortung. Den Spielraum wollen wir der Finanzverwaltung offen lassen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Rund 95 % der Ausgaben sind „gebundene Ausgaben“. An diesen Kontengruppen kann die Gemeinde keine Veränderungen vornehmen. Somit muss bei den restlichen Kostengruppe rund 10 % eingespart werden. Dieser Sachverhalt kann vom Gemeinderat nicht unterstützt werden. In der Detailberatung sind die zu kürzenden oder zu streichenden Konti zu benennen.

Peter Wegmann (FDP): „95 % gebundene Ausgaben“ - dieser Ansatz erscheint mir zu hoch gegriffen zu sein. Wir sind nicht alles Finanzstrategen, doch ein wenig Kenntnis von der Materie haben wir schon!

Rahel Wagner (EVP): Ich bin über den Diskussionsverlauf erstaunt. Anlässlich unserer Fraktionssitzung hatten wir den Vertreter der Finanzkommission eingeladen. Dieser hat uns über den Sachverhalt informiert. Bereits in der Finanzkommission wurden Kürzungen vorgenommen. Die Parteien haben ihre Vertretenden in der Finanzkommission und diese haben den Job bestimmt zufriedenstellend erledigt. Eine nachträgliche Reduktion des Budgets auf 1 Mio. Franken im Scheinwerferlicht der Presse und Öffentlichkeit missfällt mir.

Aliki Maria Panayides (SVP): Es muss unser primäres Ziel sein, die Ausgaben mit den Einnahmen zu decken! Ansonsten müssen wir unser Eigenkapital anknabbern. Können wir unser Eigenkapital nicht sinnvoller - zum Beispiel für Investitionen - einsetzen? Die Budgetkürzung erscheint mir nicht zu hoch angesetzt zu sein. Wir sind bereit, uns in der Detailberatung zu einzelnen Konten zu melden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Es soll auch als Vertrauensbeweis an den Gemeinderat und die Abteilung Finanzen/Steuern verstanden werden. Ich schlage dem GGR vor, Mut zu beweisen und einem Globalbudget zuzustimmen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Bereits im letzten Jahr hat der GGR einer pauschalen Budgetreduktion zugestimmt. Der GGR konnte die Gründe für die Kürzungen einbringen. Das Defizit war höher als im Finanzplan ausgeschieden. Heute liegen diese Gründe nicht mehr vor. Der Sachaufwand wurde sogar reduziert. Diese Fakten sind zu akzeptieren. In der Zusammenarbeit GGR/GR ist es wichtig, dass auf verlässliche Kriterien zurückgegriffen werden kann. Ein Globalbudget kann beantragt werden, wenn die Budgetzahlen im Vergleich zu den Prognosen gerechtfertigt sind. Wir liegen aber im prognostizierten Schnitt und deshalb kann das vorliegende Budget gutgeheissen werden.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über den **Änderungsantrag (Nr. 1)** der FDP-Fraktion ist abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

Ein Globalbudget mit einem Aufwandsüberschuss von 1 Mio. Franken ist vorzusehen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 der FDP-Fraktion wird mit 19 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin: Die Detailberatung kann kapitelweise vorgenommen werden. Änderungsanträge sind sofort zu stellen.

- Seite 9 - Konto Nr. 112.318.10 Honorare und Konto Nr. 116.318.60 Umweltberatungen

Aliki Maria Panayides (SVP): Ich stelle zwei Änderungsanträge betreffend die Honorare von externen Beratungen zur Diskussion. Der **Änderungsantrag (Nr. 2)** lautet wie folgt:

Das Konto 112.318.10 Honorare ist um Fr. 10'000.-- zu kürzen.

Der **Änderungsantrag (Nr. 3)** lautet:

Das Konto 116.318.60 Umweltberatungen ist um Fr. 35'000.-- zu kürzen.

- Seite 9 - Konto Nr. 112.365.10 Beitrag an Projektierung ESP Bahnhof

Walter Bruderer (FORUM): Der ESP Wankdorf ist in Bearbeitung. Ich möchte eine gewisse Sicherstellung für die erstmals aufgeführten Fr. 20'000.--. Die Begehren der Gemeinde Ostermundigen betreffend Verkehrsaufkommen ist nicht an den Schwanz der Prioritätenliste zu stellen. Meines Wissens kommt die Gemeinde Ostermundigen in der Verkehrsproblematik erst sehr spät an die Reihe (z. B. Öffnung Schermenweg, Umfahrungsstrasse etc.). Die neuen Gewerbebetriebe im Mösli werden das Verkehrsaufkommen auf der Bolligenstrasse verstärken. Wenn Ostermundigen schon Fr. 20'000.-- zum ESP Wankdorf beiträgt, sind auch die Prioritäten der Gemeinde entsprechend anzumelden.

Christian Zeyer (SP): Die Honorare in den Bereichen Planungen und Umweltberatung um die Hälfte zu kürzen und gleichzeitig die gleichen Leistungen zu erwarten, erscheint mir sehr blauäugig zu sein. Wenn Leistungsabbau vorgenommen werden soll, kann dieser so ausgeführt werden. Die SP-Fraktion kann das Vorgehen nicht unterstützen. Wenn die Gemeindeentwicklung stattfinden soll, benötigen wir auch eine gewisse Planung.

Aliki Maria Panayides (SVP): Zu den externen Beratungen möchte ich noch anfügen, dass der Gemeindepräsident bereits erwähnt hat, dass externe Beratungsfirmen zu den gleichen Schlüssen wie das Verwaltungspersonal kamen. Wieso müssen Kosten für eine Bevölkerungsuntersuchung verursacht werden, wenn das externe Beratungsbüro auf die gleichen Schlussfolgerungen wie die Verwaltung kommt. Diese unnötigen Kosten können eingespart werden.

Christian Zeyer (SP): Eine vernünftige Praxis an einem Beispiel aufzuhängen, erscheint mir doch sehr suspekt. Oftmals hat die Verwaltung keine Zeit für Anliegen, welche sofort erledigt werden müssen. Natürlich könnte die Verwaltung mit soviel Personal ausgedehnt werden, bis sämtliche Studien intern erledigt werden könnten. Doch dieser Umstand scheint kaum praktikabel zu sein.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich bitte den Rat, die beiden Änderungsanträge abzulehnen. Wir wollen in der Planung eine aktive Rolle einnehmen. Das Ortsentwicklungskonzept wird zurzeit überarbeitet und generiert Planungsaufwand. Für das Bevölkerungsforum mussten wir einen externen Moderator engagieren. Wenn die vom GGR gewünschte Qualität erbracht werden soll, hat bereits eine planerische Qualität stattzufinden. Die SVP hat die Motion betreffend die Überprüfung der Ortsplanung eingereicht. „Wer A sagt, soll auch B sagen“. Die Studie von Herrn Hornung für die Bevölkerungsentwicklung hat nichts mit planerischen Arbeiten zu tun. Ebenfalls gehört der Umweltschutz zur qualitativen Gemeindeentwicklung.

Dem Votum von Walter Bruderer betreffend ESP Wankdorf möchte ich noch anfügen, dass hier wertvolle regionale Zusammenarbeit erledigt wird. Die Gemeinde Ostermundigen kann in diesem Gremium mitmachen und die Meinungen einbringen.

Auch andere Partner bringen ihre Ideen ein. Die finanzielle Leistungserbringung gehört selbstverständlich auch dazu. In Bezug auf die Öffnung des Schermenwegs ist die Gemeinde Ostermundigen immer noch hartnäckig.

Aliki Maria Panayides (SVP): Ich ziehe den Änderungsantrag Nr. 2 zu den Honoraren zurück und stelle gleichzeitig einen neuen **Änderungsantrag (Nr. 4)** als zusätzliche neue Beschlusseziffer 2:

2. Die Plafonierung des Mehraufwandes für Besoldungen ist auf 2 % einzustellen.

Das bedeutet den Verzicht von neuen Stellen. Kürzlich neu eingeführte Stellen werden eventuell nicht mehr benötigt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Solche pauschale Kürzungen will der Gemeinderat nicht vornehmen und ich bitte den Rat, auch diesen Kürzungsantrag abzulehnen. Der Gemeinderat hat Arbeitsverträge abgeschlossen und es kann nicht sein, dass der GGR via Budgetkürzungen diese Arbeitsvereinbarungen in Frage stellt. Nach wie vor liegt die Stellenbewirtschaftung in der Kompetenz des Gemeinderates.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über die zwei Änderungsanträge (Nr. 3 + 4) der SVP-Fraktion hat der GGR abzustimmen.

Der **Änderungsantrag (Nr. 3)** lautet wie folgt:

Das Konto 116.318.60 Umweltberatungen ist um Fr. 35'000.-- zu kürzen.

Der **Änderungsantrag (Nr. 4)** lautet wie folgt:

2. Die Plafonierung des Mehraufwandes für Besoldungen ist auf 2 % einzustellen.

A b s t i m m u n g :

- Der Änderungsantrag Nr. 3 der SVP-Fraktion wird mit 19 zu 10 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag Nr. 4 der SVP-Fraktion wird mit 17 zu 10 Stimmen abgelehnt.

- Seite 16 - Konto Nr. 303.319.10 Aktionen „Energiekonzept“

Aliki Maria Panayides (SVP): In der Rechnung 2006 wurden Fr. 4'161.-- verbucht. Es liegt kein Grund vor, diesen Betrag auf Fr. 6'000.-- anzuheben. Unser **Änderungsantrag (Nr. 5)** lautet wie folgt:

Das Konto 303.319.10 ist um Fr. 2'000.-- zu kürzen.

Christian Zeyer (SP): Ich erwähnte nur "Klimawandel" und "Energistadt". Aus der Sicht der SP-Fraktion ist eine Kürzung total falsch.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Den Änderungsantrag muss ich zurückweisen. Wir beabsichtigen im nächsten Jahr ein neues Energiekonzept zu erstellen. Dieses wird anschliessend auch dem GGR vorgestellt. Um nicht mit einem Nachkredit zu arbeiten, wurde im Budget ein entsprechender Betrag eingestellt. Ich bitte den Rat, den Änderungsantrag abzulehnen.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Über den **Änderungsantrag (Nr. 5)** ist sofort abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

Das Konto 303.319.10 ist um Fr. 2'000.-- zu kürzen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 5 der SVP-Fraktion wird mit 21 zu 7 Stimmen abgelehnt.

- Seite 24 - Konto Nr. 465.435.10 Erlös aus Verkäufen (Altpapier)

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Der Erlös des Altpapiers wird mit Fr. 141'000.-- budgetiert. Wieso wird der Gemeinde nichts für das Metall vergütet?

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Ich kann diese Frage nicht beantworten.

Stefan Lanz (Finanzverwalter): Die Entschädigung für das Metall ist im Konto 465.435.10 Erlös aus Verkäufen enthalten. In diesem Konto sind alle Verkäufe enthalten.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Die Antwort ist jetzt gerade ein wenig einfach ausgefallen. Ich werde abklären, wie viel die Gemeinde für die Papier- und wie viel für die Metallsammlung einnimmt. Altmetall, Eisen und Kupfer wird heute mit einem

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

grosszügigen Betrag entschädigt. In Zukunft möchte ich die Ertragskonti für Papier und Metall getrennt ausgewiesen sehen.

Christian Zeyer (SP): Die Altmetallsammlung der Gemeinde besteht hauptsächlich aus Blech und Dosen. Kupfer wird sehr selten der Altmetallsammlung zugeführt. Aus diesem Grund fällt die Entschädigung für Metall geringer aus, als die Entschädigung für das Altpapier.

➤ Seite 24/25 - Wasserversorgung

Walter Bruderer (FORUM): Im Zusammenhang mit der Wasserversorgung habe ich bei der Beratung der Botschaft ein paar Bemerkungen gemacht. Wie verhält sich die Angelegenheit mit dem Aktienkapital des WVRB? Wie werden diese Beträge im Budget und anschliessend in der Rechnung ausgewiesen? Auch im Finanzplan sind keine Informationen dazu ersichtlich. Wie sieht die Entwicklung aus?

Stefan Lanz (Finanzverwalter): Walter Bruderer hat in dem Sinn recht, als die Amortisation der Darlehen mit der Laufenden Rechnung nichts zu tun hat. In der Botschaft wird dieser Betrag erwähnt, da wir die Fr. 330'000.-- Amortisationsrate auch tatsächlich erhalten. Der Betrag wird direkt verbucht.

<p>Ratssekretär: An dieser Stelle hat die Umschaltung der Kassettenaufnahme nicht funktioniert. Aus diesem Grund ist die wörtliche Protokollierung des restlichen Traktandums sowie des nachfolgenden Traktandums (Finanzplan 2008 bis 2012) nicht möglich. Ich bitte die Rednerinnen und Redner um Entschuldigung!</p>
--

➤ Seite 25 - Konto Nr. 520.318.60 Projekte

➤ Seite 26 - Konto Nr. 530.318.60 Projekte

Aliki Maria Panayides (SVP): Ich stelle zwei Kürzungsanträge betreffend die beiden Konti "Projekte" der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung zur Diskussion. Unser **Änderungsantrag (Nr. 6)** lautet:

Das Konto 520.318.60 Projekte ist um Fr. 8'000.-- zu kürzen.

Und der **Änderungsantrag (Nr. 7)** lautet:

Das Konto 530.318.60 Projekte ist um Fr. 10'000.-- zu kürzen.

Christian Zeyer (SP): Das streichen dieser beiden Positionen ist falsch.

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Die beiden Konti können nicht gestrichen werden. Für die Beantwortung des überparteilichen Postulates „Konzept und Rahmenkredit für die Sanierung des Leitungsnetzes“ sind gewisse Projektierungskosten notwendig.

Ratspräsidentin: Über die beiden Änderungsanträge hat das Parlament zu befinden.

A b s t i m m u n g :

- Der Änderungsantrag Nr. 6 der SVP-Fraktion wird mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag Nr. 7 der SVP-Fraktion wird mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Peter Wegmann (FDP): Über die Änderungsanträge Nr. 6 und 7 wurde demokratisch abgestimmt. Im Finanzplan werden keine Beträge im Zusammenhang mit einem Rahmenkredit für die Sanierung des Leitungsnetzes ausgewiesen. Die Spielregeln für die Leitungssanierungen sind doch die selben?

Aliki Maria Panayides (SVP): Sämtliche Kürzungsanträge hätten ohne grossen Leistungsabbau vom Parlament angenommen werden können. Eine Budgetvorlage mit einer "schwarzen Null" wäre durchaus machbar gewesen. Die SVP-Fraktion lehnt das vorliegende Budget ab.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Der Gemeinderat steht hinter dem abgegebenen Budget 2008.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 11 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2008 werden wie folgt festgesetzt:
 - a. für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65 fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;

- b. für die Liegenschaftssteuer 1,2 ‰ des amtlichen Wertes;
 - c. für die Wehrdienst-Ersatzsteuer 3,4 ‰ des Staatssteuerbetrages, höchstens Fr. 200.--;
 - d. für die Hundetaxe Fr. 100.-- pro Tier; Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2008 abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'371'655.-- wird genehmigt.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
 4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

75 20.200 Allgemeines

Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2008 bis 2012; Genehmigung

Ratssekretär: Da die Umschaltung der Kassettenaufnahme nicht funktioniert hat, ist die wörtliche Protokollierung des vorliegenden Traktandums nicht möglich. Ich bitte die Sprecherinnen und Sprecher um Entschuldigung!

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Der Finanzplan für die kommenden fünf Jahre wurde von der Abteilung Finanzen/Steuern aufgrund der Prognose der Gemeindeentwicklung, mittels Unterlagen der Finanzplanungshilfen des Kantons und gemäss den Angaben aus den verschiedenen Abteilungen und des eigenen Zahlenmaterials erstellt.

Im Investitionsprogramm sind die Vorhaben der Prioritäten 1 bis 3 eingetragen, für die Finanzplanergebnisse werden aber nur die Prioritäten 1 (beschlossene Ausgaben) und 2 (Primär- bzw. Zwangsbedarf) gerechnet.

Der Finanzplan zeigt auf, wo die wichtigen, dringenden und umfangreichen Investitionen zu tätigen sind und wie sich die Finanzsituation der Gemeinde gemäss den heute zur Verfügung stehenden Daten entwickeln wird. Er zeigt auch, dass am Ende der Planperiode ein Eigenkapital von gut 2 Steuerzehnteln erhalten bleibt.

Dem Finanzplan liegen alle zur Verfügung stehenden Informationen zugrunde. Es handelt sich dabei um ein seriöses, reelles und nicht geschöntes Werk. Die Finanzplanung ist aber eine rollende Planung, die jedes Jahr wieder den Gegebenheiten und neuen Erkenntnissen angepasst wird. Der Finanzplan ist eine Auslegeordnung der Gegebenheiten, des Bedarfs, der Möglichkeiten der Gemeinde und eine Prognose aufgrund des heutigen Wissensstandes, aber keine Prophezeiung, da niemand die Zukunft kennen kann.

Und zur Erinnerung: Alle in die Finanzkompetenz des Parlaments fallenden Investitionen werden nur getätigt, wenn sie von diesem auch bewilligt worden sind. Nun schaue ich mit Interesse den Voten und Diskussionen im Parlament entgegen.

Walter Bruderer (FORUM): Danke für die grosse Arbeit, um alle erhaltenen Dokumente zu erstellen. Wir haben die Informationen mit grossem Interesse studiert und können dazu die folgenden Bemerkungen abgeben:

➤ Höhe des Eigenkapitals (EK)

Das Ende 2012 ausgewiesene EK für den Steuerhaushalt weist nur noch knapp 2 Steuerzehntel auf. Im „Handbuch des Kantons über die Gemeindefinanzen“ steht jedoch: *Die Finanzplanung ist auf ein EK auszurichten, dass 3 Steuerzehnteln entspricht.* Mehr EK sei durchaus sinnvoll, um sich auf grössere Investitionen vorzubereiten. Derartige Reservebildung haben wir - zwar auf andere Art - schon mehrmals vergeblich vorgeschlagen.

Bei der Spezialfinanzierung „Feuerwehr“ sind nicht erst im neuesten Finanzplan alle Aktiven durch Fremdkapital finanziert. Warum hat der Gemeinderat nicht bereits im letzten Jahr (bei gleicher Ausgangslage) Gegenmassnahmen eingeleitet?

➤ Folgekosten der Investitionen

Laut den kantonalen Vorschriften sind im Investitionsplan alle Investitionen inkl. Folgeaufwände und -erträge darzustellen. Dieser Forderung wird leider nur teilweise in einzelnen Beschreibungen (z. B. vom Tiefbauamt) sowie in den FIPLA-Berechnungen nachgelebt, jedoch nur soweit es die Kapitalkosten (Zinsen + Abschreibungen) betrifft.

Wir sind überzeugt, dass die geplanten Überbauungen auch steigende wiederkehrende Aufwände verursachen. Es ist anzunehmen, dass um ein paar Beispiele zu nennen, die Gesamtstrassenlänge und damit der Unterhaltsaufwand steigt, der private und öffentliche Verkehr zunehmen wird, mehr Lampen brennen werden und mehr Littering entsorgt werden muss.

➤ Entwicklungen

Ausgehend von Seite 13 des Finanzplans ist zu erkennen, dass sich die Aufwände und Erträge von 2008 bis 2012 wie folgt verändern: Aufwände steigen bis 2012 um 5,2 % und die Erträge um 6 %. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Erträge OHNE Steuern - die rund 50 % der Gesamterträge ausmachen - prozentual weniger stark steigen als die Aufwände. Wenn die Steuererträge nicht - wie optimistisch geplant - eintreffen, gehen wir schlechten Zeiten entgegen.

Das Rechnungsergebnis ist auch im Jahre 2012 noch defizitär und nur Fr. 523'000.-- besser als das von 2008, obwohl die Steuererträge in der gleichen Periode um fast 5 Mio. Franken (+ 13 %) zunehmen. Einigermassen über Wasser halten kann sich der Haushalt nur dank hohen Mehrwertabschöpfungen und respektablen Buchgewinnen.

Bei den Investitionen fehlen vermutlich ein paar wichtige Posten. Beispiele könnte ich durchaus erwähnen. Nicht berücksichtigt ist auch die naheliegende Annahme, dass die Ausrichtung von berechtigten Teuerungszulagen nicht nur die Personalkosten beeinflusst. In anderen Branchen erhalten die Arbeitnehmenden auch höhere Löhne oder/und Teuerungszulagen, die sich letztlich auf die Preise auswirken (z. B. Bauindex). In der Schule hatten wir noch gelernt, bewilligte Mehrkosten müssten durch analoge Einsparungen mindestens ausgeglichen werden. Dass war einmal...; die Zeiten haben sich geändert!

➤ Unsere Erwartungen

Vom Gemeinderat erwarten wir, dass er

- vom Werkhof und anderen Dienstleistungsanbietern die vollständige Weitergabe der Vollkosten an die Auftraggeber realisiert, z. B. im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreform.
- vom Kanton keine Berechnungsdirektiven mehr akzeptiert bzw. befolgt werden, die logisch nicht vertretbar sind.
- alle in Ostermundigen arbeitenden Personen (z. B. jene von Post, Swisscom, Einkaufszentren, EMMI, Gemeinde) mit allen dafür geeigneten Mitteln motiviert, nach Ostermundigen umzuziehen (z. B. durch differenzierte Lohnskala fürs Gemeindepersonal).
- die Folgekosten aller Investitionen in den Finanzplan-Beschreibungen aufführt und in den Berechnungen berücksichtigt.
- im nächsten Finanzplan darlegt, was geschieht, falls die steuerkräftigen Einwohnenden nicht wie erhofft eintreffen.
- die Investitionen mindestens auf einen Selbstfinanzierungsgrad von 80 % - wie vom Finanzverwalter empfohlen - ausrichtet.
- auf alle nicht echt zwingenden Investitionen verzichtet.
- keine Aufwände für Projekte einsetzt, bei denen seit Jahren nichts Konkretes geschieht (z. B. ESP Bahnhof). Rätselhaft ist, dass der Kanton den ESP Worblaufen gezielt vorwärts treibt.
- den Finanzplan mit früheren Prognosen vergleicht und Abweichungen analysiert.

Dem Finanzplan können wir - leider einmal mehr - nicht zustimmen. Fragen und Bemerkungen zum Finanzplan selbst:

➤ 1400 Steingrübliareal

- Offensichtlich weiss der Gemeinderat mehrere Jahre nach dem Kaufentscheid immer noch nicht, was im Steingrübliareal stattfinden soll. Trotzdem kann er, sogar mit Priorität 2 Fr. 450'000.-- im Finanzplan 2009 einsetzen. Welcher Betrag ist bei dieser Schätzung für die nötige Immissionsbekämpfung vorgesehen?
- Wie begründet der Gemeinderat die Notwendigkeit, Neuzuziehende am Flurweg/Oberfeldweg vor lärmigen Aktivitäten zu schützen, aber langjährige, vermutlich mindestens so steuerkräftige Bewohnerinnen und Bewohner rund ums Steingrübliareal nicht? Meine Frau und ich wären froh, wenn wir nur die von den Neuzuziehenden erwarteten Fr. 4'000.-- in die Gemeindekasse abliefern müssten.
- Grosses Vertrauen gewinnt der Gemeinderat mit seiner Steingrübli-Planung nicht. Wenn er so weiter fährt, braucht er sich nicht zu wundern, wenn alle nicht voll offen gelegten Aktivitäten notfalls mit Rechtsmitteln bekämpft werden. Zum Bevölkerungsforum: Niemand hat das Steingrübliareal als Freizeitgelände gewünscht. „Treffe für die Jugend“ werden von ebenfalls anwesenden Schülerinnen und

Schülern im Ortszentrum erwartet. Nur das „Bissegger-Theater“ wurde ein einziges Mal erwähnt.

➤ 4301/2 Worble

Ostermundigen liefert nur sehr wenig Wasser in die Worble (vom Lötschenbach). Warum wird der Abfluss von extrem hohen Wassermassen - bei Dauer- oder nach Gewitterregen - nicht dort bekämpft, wo sie tatsächlich entstehen? Zwischen Boll und Deisswil - d. h. noch vor der Kartonfabrik - gibt es mehr als genug Land, das als Not-Staubecken vorgesehen bzw. benützt werden kann. Warum soll Ostermundigen mitfinanzieren, nachdem in Boll oder Stettlen ganze Abhänge und Ebenen mit Beton versiegelt worden sind? Hat die Bahn in den letzten 40 Jahren wegen der Überschwemmungen der Worble nicht fahren können, und wenn ja: wo?

Heinz Gfeller (FDP): Das vorliegende Geschäft ist ein sehr umfangreiches Werk. Der Verwaltung gebührt unser Dank. Die Fraktion der FDP hat sich zum Ziel gesetzt, den Finanzplan durchschaubar resp. transparent zu machen. Hier unsere Tipps an die Abteilung Finanzen/Steuern:

Ein strategisches Controlling wäre eine Finanzplanung, in der die Strukturen der erbrachten Leistungen aufgeführt werden müssen. Dazu gehören die Hinweise auf die freien (Kompetenz: Souverän und GGR) und die gebundenen (Kompetenz: GR) Ausgaben. In diesem Vorgang ist die wiederkehrende Effizienzsteigerung anzuzeigen.

Eine solche Kultur ist für alle attraktiv. Doch die notwendigen Instrumente dazu sind noch bereit zu stellen. Wie kommen wir dahin? Die FDP-Fraktion erwartet, dass die Gemeinde mit der Behörden- und Verwaltungsreform vorwärts macht! Wir genehmigen den vorliegenden Finanzplan.

Rudolf Kehrli (SP): Was wäre wenn... ? Ja, was passiert, wenn alle Investitionsvorhaben der Gemeinde gemäss dem Finanzplan in den nächsten vier resp. fünf Jahren realisiert würden und ebenfalls die Entwicklung der Laufenden Rechnung berücksichtigt wird. Ja wie wäre das?

Die Antwort liegt in der lila Broschüre. Was alles in einem Finanzplan berechnet und enthalten sein muss, wie und warum die Gemeinde überhaupt planen muss, wie er sich zusammensetzt; dass alles wird detailliert in diesem Dokument festgehalten. Wir müssen den Finanzplan aber auch lesen.

Der Gemeinderat hat sich bemüht, alle Vorhaben genau zu berechnen und aufzulisten. Dabei sind nur die dringendsten Vorhaben mit den Prioritäten 1 und 2 im Finanzplan festgehalten. Dieser Umstand liegt an den beschränkten finanziellen Mitteln der Gemeinde. Trotzdem ist die Liste sehr umfangreich ausgefallen. Jedoch, wenn wir eine attraktive Gemeinde sein wollen, müssen wir auch etwas anbieten. Vielleicht hat dann auch Ernesto Bertarelli Interesse an Ostermundigen; wir sind ja nicht soweit weg von Gstaad entfernt.

Etwas gilt es zu berücksichtigen. Die meisten Vorhaben im Finanzplan sind heute nur auf Papier festgehalten und müssen für deren Realisierung noch alle politischen Hürden überspringen. Mit der Aufnahme in den Finanzplan ist noch kein einziger Franken ausgegeben worden. Für hitzige und lange Diskussionen ist in Zukunft gesorgt.

Meiner Meinung nach ist es zum heutigen Zeitpunkt verfrüht, lange Diskussionen über Details wie: hier einen Meter Strasse mehr, weniger breit oder lang, hier eine Prozentzahl um 0,5 erhöhen, hier einen Frankenbetrag von einem Jahr ins nächste zu verschieben etc. fehl am Platz. Der ganze Finanzplan ist ein grobes Raster, abgestützt auf das Wissen von heute. Morgen oder Übermorgen kann bereits vieles ändern, da wir dann mehr Kenntnisse zur Verfügung haben. Diesen Umstand nennt man „rollende Finanzplanung“.

Ich komme zur wichtigsten Aussage im Finanzplan: In dieser Form, mit eher optimistischen Vorgaben und ebenfalls bedeutenden Buchgewinnen eingerechnet, ist der Finanzplan jedes Jahr defizitär. Die Gemeinde Ostermündigen ist ertragsschwach und das muss sich ändern. Aus diesem Grund ist auch eine Steuersenkung momentan kein Thema.

Wir alle hoffen, dass sich die finanzielle Situation ab dem Jahre 2011 verbessern wird, und dass die finanzielle Morgenröte gemäss Finanzplan dann auch eintrifft. Trotzdem ist der vorliegende Finanzplan verkraftbar und das dank dem hohen Eigenkapital von aktuell rund 12 Mio. Franken, welches das Defizit deckt. Das Eigenkapital steht für solche finanziellen Rückschläge zur Verfügung. Wir geben jetzt das Geld zurück, welches wir früher zuviel eingenommen haben.

Noch ein Wort zu den vier Spezialfinanzierungen. Beim Abfall, Wasser und Abwasser gibt es keine Probleme, da die kostendeckenden Gebühren in die Gemeindekasse einfließen. Ungenügend ist die Situation bei der Spezialfinanzierung „Feuerwehr“, welche defizitär ist. Bildlich gesprochen ist diese noch nicht in Vollbrand, doch der Rauch sticht empfindlich in die Nase. Hier muss unbedingt gelöscht werden und das bedeutet, die Ertragslage muss verbessert werden. In welche Richtung dies Geschehen könnte, habe ich bereits abklären lassen. Die SP-Fraktion betrachtet den Finanzplan als korrekt und stimmt diesem zu.

Aliki Maria Panayides (SVP): Der Finanzplan beruht auf der Annahme eines gleichen Steuerfusses von 1,65. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, in naher Zukunft diese Basis zu korrigieren und nicht nur im Finanzplan sondern in der Realität.

Es ist aus unserer Sicht nicht befriedigend, wenn die Gemeinde an die Grenze des Finanzierbaren gerät, eine ganze Reihe von Visionen hat, aber mit einem in der Agglomeration höchsten Steuersätze dasteht.

So stehen wir einmal mehr vor der Situation, dass wir Wunschbedarf einfach zurückstellen müssen. Den Wunschbedarf „Bernstrasse“ wird bestimmt das Stimmvolk korrigieren, aber beim Übrigen sind wir gefordert.

Philippe Gerber (EVP): Die Fraktion der EVP stimmt dem vorliegenden Finanzplan mit einem lachenden ☺ und einem weinenden ☹ Auge zu. Die vorgenommenen Kürzungen kommen im nächsten Jahr zum Tragen.

Regula Unteregger (SP): Die FDP- und die SVP-Fraktionen haben beim vorangehenden Geschäft (Traktandum Nr. 73) ein Globalbudget für das nächste Jahr vorgeschlagen. Diese wurde vom Parlament abgelehnt. Wo die rund Fr. 300'000.-- im Jahr 2008 hätten eingespart werden sollen, konnten weder die FDP noch die SVP-Fraktion dem GGR darlegen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Die kantonalen Fachstellen empfehlen den Gemeinden eine Eigenkapitalreserve in der Höhe von zwei bis vier Steuerzehnteln.

Stefan Lanz (Finanzverwalter): Die vorhandene Eigenkapitalreserve hilft der Gemeinde, die anstehenden grossen Investitionsvorhaben zu finanzieren. Die Folgekosten dieser Investitionen sind im Finanzplan aufgeführt. Die Gemeinde darf ebenfalls die markanten Gewinne (Buchgewinne) ausweisen. Es trifft zu, dass der vorliegende Finanzplan optimistisch berechnet worden ist.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Bezüglich des Votums von Walter Bruderer betreffend Worblenkanal möchte ich auf die der Botschaft und dem Finanzplan angehängten Erläuterungen (Projekt Nr. 4.301) hinweisen. Die Sanierung des Mühlekanals muss in den Finanzplan aufgenommen werden. In der Situationsanalyse ist beschrieben:

Die Gemeinden Bolligen und Stettlen sind von den Hochwassern derart betroffen, dass diese den Hochwasserschutz vorantreiben wollen. Auch in der Gemeinde Ostermundigen sind im Gewässerrichtplan Massnahmen vorgesehen. Dies insbesondere dort, wo die Bahnlinie sehr nahe an der Worble vorbeiführt und das Trennbauwerk der Worble und Mühlekanal liegt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Kauf des Areals im Steingrübli wird erst mit der rechtskräftigen Genehmigung der Zonenplanänderung durch den Kanton perfekt. Die Zonenplanänderung wird voraussichtlich im Frühling 2008 dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt. In diesem Zusammenhang wird noch die Errichtung einer Betriebskommission notwendig sein.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Ratspräsidentin: Wir können die Detailberatung des Finanzplans vornehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Finanzplan für die Jahre 2008 - 2012 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2)

----- 20 minütige Pause -----

Anmerkung des Ratssekretär: Die Tonbandaufnahme funktioniert wieder tadellos.

Ratspräsidentin: Maria Anna Baumann musste den Nachhauseweg antreten. Bevor wir mit dem nächsten Geschäft weiterfahren können, müssen wir eine Ersatzstimmzählerin oder einen Ersatzstimmzähler wählen. Als Ersatzzähler wird auf Vorschlag SP-Fraktion für den Rest der heutigen Sitzung einstimmig gewählt:

R o g e r S c h ä r

2) Maria Anna Baumann (SP), Nesimi Mevlude (SP) und Lucia Müller (SVP) verlassen um 20.20 Uhr die Sitzung. Es sind noch **32** Ratsmitglieder anwesend.

76 10.2351 Netzwerk / Infrastruktur (SW)

Informatik: Ersatzbeschaffung Serverhardware - Kreditbewilligung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Ernst Hirsiger (SVP): Die Fraktion der SVP stimmt diesem Geschäft klar zu. Die Ersatzbeschaffung ist notwendig.

Philippe Gerber (EVP): Auch die EVP-Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag zu. Gleichzeitig werden wir demnächst eine Motion einbringen. Vor fünf Jahren haben wir über die Inhouse-Lösung abgestimmt. In der Zwischenzeit würde diese Lösung einem Preisvergleich nicht mehr standhalten. Bei der nächsten grösseren Investition in rund fünf Jahren ist auch über eine externe EDV-Lösung zu diskutieren.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die Zustimmung. Über externe oder interne Lösungen können wir dann zu gegebener Zeit diskutieren.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Für die Ersatzbeschaffung der Serverhardware wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 550'000.-- (inkl. 7,6 % MWST) bewilligt.

77 52.134 Katastrophenorganisation
10.11 Reglemente Gemeinde

Reglement für ausserordentliche Lagen; Neufassung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Philippe Gerber (EVP): Als aktives Zivilschutzmitglied kann ich das vorliegende Reglement nur befürworten. Das Reglement ist hand- und stichfest. Alles Notwendige wird in der Vorlage geregelt. Besten Dank für die Vorbereitung.

Marco Mantarro (FORUM): Besten Dank für die Aktualisierung des vorliegenden Reglementes. Es gibt viele verschiedene Risikomöglichkeiten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Prävention. Unserer Fraktion haben sich noch ein paar Fragen gestellt.

➤ Seite 5 Artikel 5 Absatz 5 a

Wessen *Verfügbarkeit* ist hier gemeint; die vom Gemeinderat oder die vom Gemeindeführungsstab?

Zusätzlich möchten wir noch einen **Änderungsantrag** für eine Zusatzziffer B1 auf Seite 5 zu Artikel 5 Absatz 3 b einreichen:

B1) Minimierung von Gefahren und Gefährdungspotential

Rudolf Wiedmer (SP): Ich habe den Eindruck, dieses Reglement sei ein „Schnellschuss“. Grundsätzlich habe ich nichts gegen das vorliegende Reglement. Ein paar Fehler haben sich trotzdem eingeschlichen:

➤ Seite 3 - Textkorrektur im Titel: *Reglement für ausserordentliche Lagen:*

➤ Seite 4 - Katastrophenorganisation: Art 4 Abs. 1 a
Der Gemeindeführungsstab muss bereits gewählt sein. Im Katastrophenfall ist es zu spät, diesen zu wählen. Der Wortlaut ist zu ändern.

➤ Seite 5 - Art. 5 Abs. 2 f
Was ist unter KP-Betrieb zu verstehen. Abkürzungen sind in Reglementen zu vermeiden oder zu beschreiben.

➤ Seite 5 Art. 5 Abs. 4 - Textkorrektur
... die für die Bewältigung ...

➤ Seite 5 Art. 6
Im Führungsorgan... welches Organ ist hier gemeint (Gemeindeführungsstab)?

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Merci dem Votum von Philippe Gerber als „Praktiker des Zivilschutzes“.

Zum Votum von Marco Mantarro sei erwähnt, dass bei Artikel 5 Absatz 5 a die Verfügbarkeit des Gemeindeführungsstabs gemeint ist. Die Stellvertretungen sind bestimmt.

Zum Änderungsantrag kann ich erwähnen, dass es nicht die Aufgabe des Gemeindeführungsstabes ist, Prävention zu betreiben. Der Gemeindeführungsstab muss bereit sein, wenn ein Ereignis eintritt. Die Leute und die Materialien müssen die richtigen Wege gehen. Der Gemeindeführungsstab ist ein „Führungsorgan im Katastrophenfall“ und hat richtig zu handeln. Die kantonale Gefahrenanalyse in Ostermundigen hat ergeben, dass das Gefahrenpotential auf unserem Gemeindegebiet eher gering ist. Passieren kann überall etwas. Die Zivilschutzorganisation Bantiger (ZSO) wirkt gemeindeübergreifend. Die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden funktioniert gut.

Dem „Schnellschuss“ von Rudolf Widmer kann insofern beigepflichtet werden, dass nicht so viele orthographische Fehler im Reglement stehen dürften.

- Seite 4 - Katastrophenorganisation: Art 4 Abs. 1 a
Die Vorbereitung fällt nicht dann, wenn die Katastrophe eintritt. Der Gemeindeführungsstab wird vorgängig gewählt.
- Seite 5 - Art. 5 Abs. 2 f
Hier ist „Kommandoposten“ der richtige Fachausdruck.
- Seite 5 Art. 6
Der Artikel wurde bereits im GPK-Protokoll erwähnt und zwischenzeitlich bereinigt.

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank für die gemeinderätlichen Zusatzinformationen. Wichtig im Katastrophenfall ist, dass kompetent und richtig gehandelt wird. Bei einem Lawenniedergang ist zu hinterfragen, was getan werden kann, um eine Katastrophe zu vermeiden. Der Gemeindeführungsstab könnte zum Beispiel mit der Firma Emmi AG in Kontakt treten und nachfragen, welche Probleme im Zusammenhang mit Chemie entstehen könnten. Oder die SBB: welche gefährlichen Ladungen und Güter werden in den Güterzügen über unser Gemeindegebiet geführt? Unfälle und Katastrophen sind zu vermeiden. Der Gemeindeführungsstab soll nicht erst im Katastrophenfall aktiv werden. Gefahrenabklärungen sind zusammen mit dem Gemeinderat vorzunehmen, um Katastrophen zu vermeiden. Es handelt sich hier nicht um einen Misstrauensantrag.

Philippe Gerber (EVP): Im Gemeindeführungsstab sind der Chef Feuerwehr und der Chef ZSO vertreten. Diese werden erst im Schadenfall aufgeboten. Das Reglement ist nur im Unglücksfall anzuwenden. Wenn diese zum grösstenteils ehrenamtlichen Personen noch andere Funktionen übernehmen sollen, muss mehr Personal angestellt werden. Diese Kaderleute haben innerhalb einer Stunde am Einsatzort zu er-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

scheinen. Eine Präventionsaufgabe haben sie nicht auszuführen, auch wenn diese viel wichtiger ist. Sie sind die Delegierten der Gemeinde und werden durch die Kantonspolizei und die Feuerwehr unterstützt.

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Die Teilnehmenden des Gemeindeführungstabes werden fortlaufend mittels Übungen und Kursen ausgebildet. Der Gemeindeführungstab ist für den Katastrophenfall vorbereitet.

Ratspräsidentin: Wir können zur Abstimmung schreiten. Der **Änderungsantrag** lautet wie folgt:

B1) Minimierung von Gefahren und Gefährdungspotential

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag des FORUMS wird mit 22 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das „Reglement über ausserordentliche Lagen“ wird unter Vorbehalt des fakultativen Referendums genehmigt und per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.
2. Das Reglement vom 18. Oktober 1990 wird per 31. Dezember 2007 aufgehoben.

78 10.373 Postulate

Postulat FORUM-Fraktion betreffend optimale demokratische Meinungsbildung und Information; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat ist eingeladen zu prüfen, mit welchen Mitteln und Massnahmen die Information im und aus dem Parlament zu Gunsten von Bevölkerung, Stimmberechtigten sowie Stimmbeteiligung verbessert werden kann.

Indem beispielsweise:

- 1. die Parteien ihre Empfehlungen inkl. ihre Parolen bei Volksabstimmungen in den Botschaften gratis publizieren können, wobei selbstverständlich wichtige Vorgaben (z. B. betreffend Fairness, Verantwortung, Volumen, Kostenrahmen) zu beachten sind.*
- 2. die Parteien und Wählergruppen gezielt für ihre demokratisch wichtige Informationsstätigkeit während der Amtszeit der Behörden gefördert und finanziell unterstützt werden.*
- 3. die Sitzungen des Parlamentes für die Beteiligten und die Zuhörerschaft wertvoller und interessanter gestaltet werden.*

Begründung

Die Gefahr besteht, dass immer weniger Stimm- und Wahlberechtigte ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, weil sie z. B. über die Meinungen der Parteien nicht oder nur ungenügend informiert sind. Selbst bei Stimmbeteiligungen von unter 50 % vermitteln Behörden, Parteien und Medien leider den deplazierten Eindruck, die Mehrheit der Stimmberechtigten habe sich für ein Ja oder Nein entschieden.

Die Tagespresse scheint aus Kosten- oder anderen Gründen nicht mehr in der Lage, die politische Meinungsbildung auf kommunaler Ebene durch fundierte Pro- und Contra-Beiträge gezielt zu fördern. Angesichts des Einflusses von Gratisblättern sieht sie sich vielleicht genötigt, ihrer Leserschaft vermehrt nur noch jene News zu vermitteln, die zur demokratischen Wertschöpfung und Meinungsbildung von Jung und Alt wenig bis nichts beitragen.

In die heutigen kommunalen Abstimmungsbotschaften wird offensichtlich nur aufgenommen, was von Amtes wegen verordnet ist. Darum besteht das Risiko, dass unterschiedliche Meinungen zu Sachgeschäften nicht oder nur unvollständig begründet in die „Abstimmungsbüchlein“ einfließen. Umgekehrt werden den Stimmberechtigten Informationen sogar im Volltext (statt nur Möglichkeit zur Einsichtnahme) angeboten, die vom Gros der Empfänger/innen vermutlich nicht gelesen werden. Die wesentlichen Aspekte eines Geschäftes und die Meinungen der Parteien, welche die Bevölkerung orientieren sollten, kommen jedoch nicht zum Tragen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Die Meinungsbildung der Stimmberechtigten durch die Parteien via Bantiger Post wird zwar von vielen Leuten geschätzt. Sie ist jedoch kostenpflichtig und belastet die Finanzen der Parteien. Währenddem Gemeinderat und Verwaltung ihre Informationen an periodischen Mediengesprächen in optimal zusammen gefasster Form gratis an den Mann und an die Frau vermitteln können, müssen die Parteien für ihre aus demokratischer Sicht mindestens ebenso nötigen Info-Dienstleistungen bezahlen. Es ist zwar äusserst wertvoll, wenn die Parteien alle 4 Jahre bei Wahlen administrativ und finanziell durch die Gemeinde unterstützt werden. Mindestens so wichtig für eine funktionierende Demokratie wäre jedoch die laufende, möglichst vollständige, kontradiktorische Information der Bevölkerung und der Stimmberechtigten über Geschäfte, über die sie letztlich zu entscheiden haben.

Die heutigen Parlamentssitzungen finden unter ihrem möglichen Gehalt statt. Es ist leicht verständlich, warum in der Regel nur wenige Gäste die Debatten verfolgen. Für sie und die Ratsmitglieder ist es nur schwer nachvollziehbar, weshalb beigezogene Dritte ihre Äusserungen und Argumente visuell unterstützen dürfen, was Ratsmitgliedern jedoch untersagt ist. Im Zeitalter moderner Info-Vermittlung sollte es ebenso üblich sein, dass alle Redner/innen ihre Argumente audio-visuell präsentieren und begründen dürfen.

Um durchdachten Entscheiden im Parlament einen Schritt näher zu kommen, sollten die Anträge zu allen Geschäften mindestens 14 Tage vor der Parlamentssitzung in schriftlicher Form vorliegen. Dank einer solchen Massnahme wären alle Beteiligten in der Lage, Entscheide auf Bekanntes abzustützen und nicht primär inner kürzester Frist auf Überraschungen - bei denkbaren Fehlinterpretationen - reagieren zu müssen. Auch der Gemeinderat, die Medien und die Verwaltung wüssten, was sie erwartet. Im gleichen Sinne sollten auch die Antworten auf Interpellationen schriftlich vorliegen, über die nachher diskutiert werden kann. Analog wäre es sinnvoll, wenn die Ratsmitglieder die Antworten des Gemeinderates auf Motionen und Postulate vorgängig kennen.

Michael Meienhofer (FORUM): Unsere Arbeit wird wenig zur Kenntnis genommen. Heute Abend sind zwei Pressevertretende anwesend. Morgen können wir vielleicht etwas über den Verlauf des heutigen Abends in den Zeitungen lesen. Die Akzeptanz des GGR und des Gemeinderats sollten besser zur Kenntnis genommen werden und die Bevölkerung sollte besser über die Gemeindegeschäfte informiert sein. Das Budget und der Finanzplan sind keine Zuschauermagneten im Telsaal (4 Zuhörer anwesend). Unsere Begründung konnte der Rat vorgängig lesen. Die Tagespresse pflückt sich die Rosinen selber aus. In der Berner Zeitung wurde über das Podiumsgespräch „Bernstrasse“ keine einzige Zeile berichtet.

Auch Gemeindeabstimmungen sollten besser (evtl. in elektronischer Form) kommuniziert werden, damit die Bevölkerung informiert ist und vermehrt an den Gemeindeabstimmungen teilnimmt. Ich bin gespannt über die Abstimmungsbeteiligung am 25. November 2007. Ich prophezeie eine Abstimmungsbeteiligung unter 30 %. Bei Abstimmungsvorlagen wird von der Bevölkerung das Gelesen, was von Amtes wegen informiert wird. Die Gemeinden und der Kanton macht das so. Die Parteien müssen

alles selber finanzieren. Publikationen in der Presse sind kostspielig. Die Informationsplattform der Gemeinde sollte auch von den Parteien genutzt werden können. Hier könnten die Pro und Contras festgehalten werden. Die Publikationen müssten nicht unentgeltlich sein.

Die Meinungsbildung der Stimmberechtigten fällt heute in die Bantiger Post. Die Tageszeitungen werden nur noch nebenbei konsultiert. Auch eine Publikation in der Bantiger Post ist teuer. Heute haben wir zähflüssig, Seite pro Seite über das Budget 2008 debattiert. Eine Meinungsbildung pro oder contra ist nur schwer möglich. Eine schnelle Entscheidungsfindung wie beim Jassen ist nicht möglich. Früher stand noch ein „runder Tisch“ zur Verfügung. Ein runder Tisch für gewisse Themen war eine gute Institution. Jede Partei konnte mithelfen und ein gewisser Konsens wurde meistens erarbeitet. Wir sollte effizienter arbeiten und nicht mit kleinen Vorstössen die Sitzungszeit unnötig verlängern. Natürlich kann argumentiert werden, dass die Meinungen bereits im Vorfeld gemacht worden sind. Doch immer kommen wieder unvorhergesehene Sachen zum Vorschein. Wir müssen hier im Tellsaal Sachpolitik betreiben. Es ist das Recht von allen, sich über den Stand der anfallenden Geschäfte zu informieren. Ich bitte das Parlament, das vorliegende Postulat zu unterstützen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat hat am 3. Juli 2007 beschlossen, das Informationskonzept aus dem Jahr 2000 zu überarbeiten. Revisionsinhalt ist auch ein offener Dialog zwischen Gemeinderat, Grosser Gemeinderat und Stimmberechtigten. Für die Revisionsarbeiten wurde eine Projektgruppe eingesetzt, welche ihre Arbeit bis Ende Jahr abschliessen soll. Sobald das überarbeitete Informationskonzept vorliegt, wird der GGR selbstverständlich damit bedient. Zu den einzelnen Beispielen:

- a. Der Vorschlag der Gratispublikation von Parteiempfehlungen in den Abstimmungsbotschaften lehnt der Gemeinderat ab. Zum Schutz der freien und unverfälschten Willenskundgabe der Stimmberechtigten gilt für amtliche Abstimmungsbotschaften das Gebot der absoluten Objektivität und Sachlichkeit. Parteiparolen könnten somit nur mit Ja/Nein/Enthaltung und ausnahmslos von allen Parteien wiedergegeben werden. Dies würde aber bedeuten, dass alle Parteien mindestens zwei Monate vor dem Abstimmungstag ihre Parolen gefasst und der Verwaltung mit geteilt haben, was in der Praxis vermutlich nicht funktionieren wird. Nach Auffassung des Gemeinderates haben die Parteien genügend anderweitige Möglichkeiten, den Stimmberechtigten ihre Abstimmungsempfehlungen bekannt zu geben.
- b. Gemäss Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen vom 19. Oktober 1995 wird jeder Partei im Wahljahr ein einmaliger Beitrag von 30 Rappen pro Parteistimme, aufgerundet auf den nächsten Franken, im Minimum Fr. 2'250.--, ausgerichtet. Dieser Beitrag unterliegt dem Teuerungsausgleich (Basis 1.1.1996) gemäss geltender Regelung des Gemeindepersonals. Eine weitergehende Finanzierung parteipolitischer Tätigkeiten durch die öffentliche Hand erachtet der Gemeinderat als nicht notwendig.

- c. Für die Gestaltung und den Ablauf von Parlamentssitzungen ist das Büro des Grossen Gemeinderates zuständig. Diesbezügliche Anregungen sind in diesem „Briefkasten“ zu deponieren.

Mit diesen Argumenten beantragt der Gemeinderat, das vorliegende Postulat abzulehnen.

Synes Ernst (CVP): Die Bantiger Post ist ein gewinnorientiertes Medium. Unsere Beiträge und Publikationen haben wir zu bezahlen. Dieser Zustand ist auch für mich unbefriedigend und vielleicht kann die Situation einmal geändert werden. Trotzdem bin ich für die Ablehnung des Postulates. Wir können den Medien keine Vorschriften erteilen, wie sie über unsere Sitzungen und Politik zu berichten haben. Ich habe mich auch aufgeregt, dass anlässlich der GGR-Sitzung vom 13. September 2007 über die Sanierung und Umgestaltung der Bernstrasse nur sehr minimal berichtet worden ist. Der Informationsauftrag der Medien könnte durchaus in Frage gestellt werden. Als Politiker kann ich kaum Einfluss auf die Berichterstattung nehmen. Ich kann höchstens die Zeitung nicht mehr abonnieren.

Der zweite Punkt der mich an diesem Postulat stört, ist das Parlament. Alle Vorstösse und Anträge müssten 10 Tage zum voraus beim Ratsbüro deponiert werden. Das bedeutet, dass nur noch vorbereitete Referate vorgetragen werden dürfen und uns allen hier im Telsaal die Füsse einschlafen.

Michael Meienhofer (FORUM): Die Situation passt uns nicht und wir unternehmen nichts dagegen. Das Postulat ist ein Prüfauftrag an die Gemeinde. Ich bin erstaunt darüber, dass der Gemeinderat bereits das Informationskonzept am überarbeiten ist. Mit einer entsprechenden Information seitens des Gemeinderates hätten wir uns das Papier für das Postulat sparen können. Dieser Zustand ist schon seit Jahren bekannt. Eine gute Zusammenarbeit ist unerlässlich. Jammern bringt uns nicht weiter. Nicht so zaghaft; das Anliegen kostet uns nichts und belastet dementsprechend auch unser Budget nicht.

Heinz Gfeller (FDP): Die Gemeindeverwaltung arbeitet nicht gratis. Die Gemeinde als Medienplattform ist nicht das Gelbe vom Ei! Interessanter Betrieb und interessante Geschäfte im Parlament finden bestimmt auch die Resonanz bei den Medienberichterstattenden. In unseren Medien fand die Sanierung und Umgestaltung der Bernstrasse eine gute Beachtung. Liegt es in unserer Kernkompetenz, Finanzgeschäfte in den Medien beliebt zu machen? Dieser Sachverhalt überlassen wir lieber der Privatwirtschaft.

Walter Bruderer (FORUM): Hier handelt es sich um einen Prüfauftrag. Ich möchte beliebt machen, dass der Gemeinderat im Zusammenhang mit dem neuen Informationskonzept den vorliegenden politischen Vorstoss entgegen nimmt und diesen dementsprechend prüft.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte darauf hinweisen, dass der Gemeinderat im Januar 2007 die Klausurtagung durchgeführt hatte. Damals hat er beschlossen, drei Arbeitsgruppen in Bezug auf die Legislaturziele einzusetzen. Die Arbeitsgruppen DIALOG, Zämeläbe in Ostermundigen und Führungsinstrumente wurden ins Leben gerufen. Über die Ergebnisse habe ich den GGR bereits informiert.

Das Postulat hat Prüfungscharakter. Die Meinungen der Parteien in den Abstimmungsvorlagen abzudrucken, entfällt aus terminlichen Gründen. Die Parteienfinanzierung hat nichts mit Informationspolitik zu tun. Im Spektrum der drei aufgeführten Punkte hat der Gemeinderat nicht noch weitere Abklärungen vorzunehmen.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 26 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Postulat der FORUM-Fraktion betreffend optimale demokratische Meinungsbildung und Information wird begründet und abgelehnt.

79 10.375 Einfache Anfragen
 40.144 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend Bernstrasse-NEU-Eröffnungsfest; Beantwortung

Frage

Ist der Gemeinderat bereit, nach dem Umbau der Bernstrasse, die Neueröffnung mit einem gebührenden Strassenfest auf der neuen Bernstrasse zu feiern?

N.B. Befürworter und Gegner der Vorlage könnten sich dabei (vielleicht) wieder versöhnen.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Der Gemeinderat hat am 30. Mai 2006 auf Antrag der Bauabteilungen den Beschluss gefasst, dass bei Bauvollendung grösserer Werke der Gemeinde (Bausumme ab Fr. 500'000.--) mit einem Einweihungsfest abgeschlossen werden können.

Folgenden Beiträge können dafür eingesetzt werden:

- Bausumme Fr. 500'000.-- bis Fr. 2'000'000.-- = 1 Promille der Bausumme
- Bausumme Fr. 2'000'000.-- bis Fr. 5'000'000.-- = fix Fr. 3'000.--
- Bausumme über Fr. 5'000'000.-- = fix Fr. 4'000.--

Im Kredit für die Umgestaltung der Bernstrasse ist der Betrag von Fr. 3'000.-- eingerechnet worden. Für den Abschluss der Werkleitungssanierung haben die Gemeindebetriebe einen Betrag von Fr. 4'000.-- vorgesehen.

So gesehen steht einem Fest nach der Realisierung nichts im Wege.

80 10.375 Einfache Anfragen
40.105 Neue eigene Strassen- und Gebietsnamen/Ortsplan

Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend Dr. Peter Zuber Strasse; Beantwortung

Wortlaut

Schon vor geraumer Zeit wurde in Ostermundigen beschlossen, eine Strasse nach dem bekannten Ostermundiger Arzt und Weltbürger Dr. Peter Zuber zu benennen.

Persönlichkeiten wie Polo Hofer haben sich damals, im persönlichen Gespräch, bereit erklärt, gratis bei der Eröffnung dieser Strasse zur Verfügung zu stehen und ein Konzert zu geben.

Nachdem ich nun immer wieder aus der Bevölkerung auf diese Strasse angesprochen werde, stellt sich mir die folgende Frage an den Gemeinderat:

Frage

Wann kommt die Dr. Peter Zuber Strasse (endlich)?

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Im Rahmen der Bebauung Grube ist eine neue Strasse geplant. Am 8. Mai 2002 hat die zuständige Stelle, die Tiefbaukommission, beschlossen, dass die zu erstellende Strasse durch die Grube den Namen „Dr. Zuber Strasse“ erhält. Der Termin für die Bauausführung war zum gegebenen Zeitpunkt absehbar. Wie festgestellt werden kann, sind die Bauabsichten in der Grube offenbar zurückgestellt worden. Nichts desto trotz ist diese Strasse offiziell im Strassenverzeichnis so aufgenommen worden.

Hingegen kann festgestellt werden, dass zwischenzeitlich in der Rüti und im Flurweg Gebiet, wo auch neue öffentliche Erschliessungstrassen gebaut werden müssen, die Bauabsichten weiter vorangeschritten sind. So kommt es nun, dass diese Strassen eher gebaut werden, als die Strasse durch die Grube. Für die beiden Strassen sind auf Begehren der Bauherrschaften folgende Strassennamen durch die Tiefbaukommission beschlossen worden, für die Rüti „Terrassenrain“ (Bebauung Bindella) und für das Gebiet Flurweg „Jurablickweg“ (Bebauung Implenja).

81 10.375 Einfache Anfragen
 50.832 Öffentliche Plakatstellen

Einfache Anfrage A. Thomann (SP) betreffend rassistischer Werbung auf Gemeindegebiet; Beantwortung

Fragen

1. *Hat die Gemeinde die Möglichkeit, rassistische Werbung wie z. B. die geschmacklose „schwarze Schafe - Kampagne“ der SVP, auf Gemeindegebiet zu verbieten?*
2. *Ist ein Beschluss, analog des Verbots auf Gemeindeebene Tabak- und Alkoholwerbung zu machen, durch den GGR notwendig?*

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Die gemeinderätlichen Antworten lauten:

① Zu Frage 1:

Das gemeindeeigene Reglement für die Benützung von Plakatanschlagstellen verbietet in Artikel 4 Plakate, die der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der Sicherheit oder Sittlichkeit widersprechen. Dabei verbietet es insbesondere Produkte-/Firmenwerbung, Alkohol-/Tabakwerbung sowie Werbung in fluoreszierenden Farben. Es wäre grundsätzlich zulässig, weitere solche Verbote aufzustellen. Dies empfiehlt sich jedoch aus verschiedenen Gründen nicht. Zum ersten können nur die durch die Gemeinde betriebenen Anschlagstellen überprüft werden, während die kommerzielle Werbung nicht dem besagten Reglement unterliegt (Art. 1 Abs. 3 Reglement über die Benützung der Plakatanschlagstellen). Zum zweiten besteht mit der Rassismustrafnorm von Art. 261bis Strafgesetzbuch an sich bereits ein nationales Instrument, um rassistische Werbung anzuzeigen. Schliesslich ist festzuhalten, dass die Bestimmung, ob eine rassistische Werbung vorliege, schwierige juristische Werturteile verlangt. Folgerichtigerweise sollten diese Bewertungen den zuständigen Gerichten überlassen werden. Dies, zumal bei allfälligen Fehleinschätzungen der Gemeindebehörden mit Klagen wegen Verletzung der Meinungsäusserungsfreiheit gerechnet werden müsste.

In Anbetracht des Gesagten empfiehlt der Gemeinderat daher, keine weiteren Verbotsnormen aufzustellen.

① Zu Frage 2:

Ein Verbot wie das angesprochene müsste als Rechtsetzungsakt gelten und somit durch den Grossen Gemeinderat verabschiedet werden.

Persönliche Erklärung

Aliki Maria Panayides (SVP) Ich möchte den versteckten Vorwurf von Kollege Thomann vehement zurückweisen. Gegen die Abstimmungsplakate der SVP wurde Klage eingereicht. In der Zwischenzeit hat das Gericht entschieden, dass die Werbung nicht rassistisch ist. Diesem Sachverhalt ist nichts beizufügen!

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

82 10.375 Einfache Anfragen
 10.2005 Taxibetriebe

Einfache Anfrage W. Bruderer (FORUM) betreffend Taxi-Versuchsbetrieb in die Ostermundiger Südquartiere; Beantwortung

Wortlaut

Aufgrund der vom Grossen Gemeinderat am 15. Februar 2007 überwiesenen Motion hätte der Versuchsbetrieb schon lange beginnen können. Im Text des Vorstosses waren alle dafür nötigen Informationen spezifiziert. Auch die mutmasslichen Kosten waren bekannt.

Frage

Wann startet der Versuchsbetrieb?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Weil das Anliegen in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat der Grosse Gemeinderat die Motion im Februar 2007 als Richtlinie überwiesen. In seiner Stellungnahme hatte der Gemeinderat seine ablehnende Haltung begründet. Kurz zusammengefasst lauten die Argumente:

- Die Fachleute der Regionalen Verkehrskonferenz Bern-Mittelland (RVK 4) weisen darauf hin, dass sich die in der Region durchgeführten Taxi-Versuche nicht bewährt haben; sie wurden wieder eingestellt.
- Die Abendkurse der Linie 28 mussten nach 8 Betriebsjahren wegen unbefriedigend tiefer Auslastung eingestellt werden. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Nachfrage nach einem weniger attraktiven Angebot jetzt grösser sein sollte.
- Der Gemeinderat will nicht laufend Angebote einführen, sie wieder aufheben, neue Angebote einführen und sie wenig später erneut wieder aufheben. Die Bewohnerinnen und die Bewohner der Aussenquartiere müssen wissen, woran sie bezüglich ÖV-Erschliessung sind, und sich darauf einstellen können.

Nach der Überweisung der Motion haben erneut Gespräche mit den Fachleuten der RVK 4 stattgefunden. Am Ergebnis hat sich nichts geändert, die Fachleute können den Taxi-Versuchsbetrieb nach wie vor nicht empfehlen. Der Gemeinderat verzichtet deshalb auf den Versuchsbetrieb.

Dem Gemeinderat ist aber bewusst, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs nach wie vor ein Thema ist. So hat das in den Monaten August bis Oktober durchgeführte Bevölkerungsforum dieses Anliegen bestätigt, und im Altersleitbild ist vorgesehen, die Alterssiedlung Wiesenstrasse besser mit dem ÖV zu erschliessen. Zudem wird rege gebaut, z. B. in der Arbeitszone Mösli - was die Nachfrage für die Linie 28 erhöht - und jetzt neu auch im Gebiet Oberer Flurweg/Oberfeldweg.

Zur Zeit laufen verschiedene Abklärungen im Zusammenhang mit dem ÖV.

- So wird Anfang 2008 die Zweckmässigkeitsbeurteilung ÖV-Ostermundigen vorliegen. Zwar stehen bei dieser Studie nicht die Ostermundiger Aussenquartiere im Zentrum - sondern die Hauptverkehrsströme zwischen Ostermundigen und Bern - aber für die Diskussion über die ÖV-Erschliessung Ostermundigens wird sie trotzdem eine wichtige Grundlage sein.
- Gestützt auf das bereits erwähnte Bevölkerungsforum wird bis im Frühjahr 2008 das Ortsentwicklungskonzept erarbeitet. Auf dieser Grundlage wird anschliessend entschieden, in welchem Umfang und mit welchen Schwerpunkten das Verkehrskonzept überarbeitet wird.
- Zur Zeit ist das neue Energiekonzept in der Vernehmlassung. Der Gemeinderat schlägt darin den Schwerpunkt „Mobilität“ vor, der auch einen Bezug zum ÖV hat.
- Die RVK 4 hat diese Woche beim Kanton beantragt, die Buslinie 28 Eigerplatz/Wankdorf ganztägig zu bedienen.

Auf diesen Grundlagen will der Gemeinderat die Verkehrspolitik umfassend diskutieren und erneuern. Dagegen lehnt er die Durchführung von punktuellen Versuchen, die von Fachleuten nicht unterstützt werden, weiterhin ab.

83 M Mitteilungen
Orientierungen des Gemeinderates

Budgetsitzungen: ab 2008 neu in Dezember GGR-Sitzung

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat hat die Termine für das Jahr 2008 festgelegt. Dabei hat er beschlossen, dass im nächsten Jahr der Voranschlag 2009 dem Grossen Gemeinderat in der Dezember-Sitzung vorgelegt wird. Wir sehen in dieser Verschiebung den folgenden Vorteil:

- Der Budget-Prozess kann später im Jahr gestartet werden, dadurch ergibt sich eine bessere Budgetgenauigkeit.
- Wir sehen keine Nachteile.
- Es ist schon heute so, dass bei einer Rückweisung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat am 1. Januar kein gültiges Budget vorliegt.
- Wenn das Referendum ergriffen werden sollte, ist es schon heute so, dass am 1. Januar kein gültiges Budget vorliegt.

Seit das Budget nicht mehr dem Volk unterbreitet wird, ist das Referendum noch nie ergriffen worden. Ein einziges Mal kam es zu einer Rückweisung.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die höhere Budgetgenauigkeit wesentlich ist und das Risiko, zu Beginn des Jahres während einer gewissen Zeit kein gültiges Budget zu haben, in Kauf genommen werden kann.

Spezialkommission Dennigkofen: Orientierung über den aktuellen Stand

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Im Jahre 1996 wurde vom Volk dem Sanierungsprojekt „Minoptima“ für die Schulanlage Dennigkofen zugestimmt. Die Sanierung des Hallentrakts wurde 1999 gestoppt. Der Gemeinderat beabsichtigte damals, die Planungs- und Ausführungsphase zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Am 26. Juni 2007 hat nun der Gemeinderat der Wiedereinsetzung der „Spezialkommission Sanierung Schulanlage Dennigkofen“ beschlossen. Am 17. September 2007 hat diese ihre erste Kick-Off-Sitzung abgehalten.

Seit 1999 hat sich die Schullandschaft stark verändert. Wegen der Aufnahme der Schule Rothus in die Schulanlage Dennigkofen und den Veränderungen im Lehrplan ergeben sich im Vergleich mit dem ursprünglich vom Volk genehmigten Sanierungsprojekt „Minoptima“ einigen Anpassungen hinsichtlich Raumbedarf. Die Abteilung Bildung/Kultur/Sport hat in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und der Lehrerschaft ein Arbeitspapier „Raumbedarf der Schule“ verfasst, welches die heutigen Bedürfnisse seitens Schule aufzeigt.

Gewisse Änderungen von Vorschriften und Bautechnik tragen ebenfalls zu einer Überprüfung des ursprünglichen Projekts bei. Dies hat die Spezialkommission veranlasst, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie diese Anliegen zu überprüfen und die Kosten dazu zu definieren. Die Machbarkeitsstudie ist für den weiteren Verlauf des Projekts von ausschlaggebender Bedeutung. Insbesondere soll abgeklärt werden, ob die neuen Raumbedürfnisse im bestehenden Volumen realisiert werden können und ob der 1996 bewilligte Kredit dafür ausreicht. Allfällige Abweichungen vom ursprünglichen Projekt und Mehrkosten werden den zuständigen politischen Instanzen zur gegebenen Zeit zur Kenntnis gebracht respektive zur Entscheidung vorgelegt.

Durch den langen Unterbruch von 10 Jahren müssen entsprechende Planungen und Genehmigungen (Baugesuch) zum Projekt erneut vorgenommen werden. Der Zeitplan sieht den Baubeginn im 1. Quartal 2009 vor.

84 10.372 Motionen

Überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren vorzulegen. Darin sind Massnahmen und Instrumente zu entwickeln, wie Haus- und Grundeigentümer im Dialog davon überzeugt werden können, den heutigen Bestand zu erhalten und zu verbessern.

Begründung

In sämtlichen Dokumenten, die sich mit der Zukunft Ostermundigens befassen, verweist der Gemeinderat immer wieder auf den neuen Wohnraum, der in den nächsten Jahren in der Gemeinde entstehen wird. Das ist mit Blick auf die finanzielle Entwicklung verständlich, da Neuüberbauungen erfahrungsgemäss steuerkräftige Bürgerinnen und Bürger anziehen.

Nur: Für eine gesunde Entwicklung unserer Gemeinde sind nicht nur die Neuüberbauungen wichtig (deren Realisierung zum Teil noch in den Sternen steht). Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung wohnt und lebt in den bestehenden Quartieren. Dies wird auch weiterhin so bleiben. Und das heisst mit anderen Worten: Entscheidend für die Zukunft wird neben der Frage der Neuüberbauungen auch sein, was in diesen Gebieten passiert.

Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung, finanzielle Ertragskraft und Image der Gemeinde: All dies hängt wesentlich auch davon ab, in welchem Zustand sich die Liegenschaften, Wohnungen, Grün- und Erholungsräume in den bestehenden Quartieren befinden.

Dies ist auch in den beiden Bevölkerungsforen zum Ausdruck gekommen, in denen sich der Begriff der Durchmischung quasi zu einem Leitgedanken für die künftige Planung herauskristallisierte.

Das Denken des Gemeinderats ist noch allzu stark auf die Neuüberbauungen fixiert. Mit der Forderung nach einem Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren wollen CVP und EVP Gegensteuer geben. Wir sind uns bewusst, dass die öffentliche Hand nur wenige Möglichkeiten hat, Immobilienbesitzern Vorschriften zu machen, in welchem Zustand sie ihre Liegenschaften halten sollen. Deshalb meinen wir, dass die Gemeinde verstärkt den Dialog mit den Eigentümern suchen und sie überzeugen müsste, wie wichtig ihr Beitrag zur Verbesserung der Attraktivität der Gemeinde ist. Nicht zuletzt würden auch die Besitzer von einer solchen Initiative profitieren, da eine vernachlässigte Liegenschaft immer negativ auf ihre Nachbarschaft ausstrahlt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Eingereicht am 1. November 2007

sig. S. Ernst (CVP)
E. Rippstein (CVP)
R. Wagner (EVP)
B. Schröter (EVP)
R. Bolliger (EVP)
Ph. Gerber (EVP)

85 10.373 Postulate
 40.144 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

Postulat der FORUM-Fraktion betreffend Bernstrasse-West: Verbesserungen im Rahmen der Belagserneuerung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Im Rahmen der Belagserneuerung hat der Gemeinderat zu prüfen, wie

- die Bernstrasse-West durch wenig problemloses Grün verschönert und
- die Sicherheit der heutigen Strasse

verbessert werden können, ohne den Verkehrsfluss zu beeinträchtigen.

Begründung

Auch im Rahmen der „Nur-Belagserneuerung“ erachten wir es als möglich, das Bild der Strasse durch zusätzliches Grün problemlos aufzulockern. Desgleichen dürfte es auch möglich sein, einige dem Ist-Zustand zugeschriebene Risiken zu beseitigen bzw. zu verringern. Als absolute Kostenobergrenze für sämtliche Verbesserungen stellen wir uns < Fr. 100'000.– vor.

Da Belagserneuerungen normalerweise in der warmen Jahreszeit erfolgen, ist genügend Zeit zur Prüfung und Konkretisierung von Verbesserungsvorschlägen vorhanden.

Ideen:

- zusätzlicher Fussgängerstreifen (für kürzere Distanzen zum Queren der Fahrbahn)
- problemloses Einfahren in die „Fahrbahn fürs Parking (FP)“ (Stauabwehr/Verkehrsfluss)
- Fussgängerstreifen in der FP leicht erhöhen und dadurch besser erkennen (Sicherheit)
- Linksabbiegen aus dem FP-Bereich könnte verboten werden (Sicherheit)
- Belag der Velostreifen in beide Richtungen könnte anders gefärbt werden (Sicherheit)
- usw. usf.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 1. November 2007

Eingereicht am 1. November 2007

sig. W. Bruderer
M. Mantarro
M. Meienhofer

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Die Präsidentin: Der Ratssekretär:

Marianne Neuenschwander Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann Markus Truog